:antifaschistische nachrichten **Nr. 16**

g 3336 10.8.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Antifaschistische Kampagne mobilisiert weiter

WUNSIEDEL. Trotz des derzeitigen Verbots des „Heß-Gedenkmarsches“ mobilisiert die linke Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“ weiter für den 19. August 2006 nach Wunsiedel. Kampagnensprecher Peter Brock verwies auf die Unklarheit darüber, ob der Aufmarsch und eventuelle Ersatzveranstaltungen untersagt bleiben. „Wir wollen vorbereitet sein, falls die Neonazi-Demonstration kurz vorher genehmigt wird, ob in Wunsiedel oder Fulda oder sonstwo.“ Brock erwartet, dass zwischen 1.000 und 2.000 Antifaschisten aus der ganzen Bundesrepublik nach Wunsiedel kommen werden, um gegen die Glorifizierung des Nationalsozialismus zu protestieren.

Brock verwies ferner auf die Attraktivität von NS-Themen für die rechte Szene: „Auch wenn sich die NPD oder die Kameradschaften mit Sozialpopulismus profilieren wollen – ihr Angelpunkt ist und bleibt der Nationalsozialismus. Der Bezug auf den Nationalsozialismus schafft gruppenübergreifend Identität und lässt die Rechte ihre Zersplitterung vergessen. Deshalb sind die Aufmärsche in Halbe, Dresden und Wunsiedel mit ihrer offenen Bezugnahme auf Hitler-Zeit und Krieg die europaweit größten Veranstaltungen der Neonazis.“ Dem stelle sich die Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!“ entgegen, so Brock.

Dass sich die rechte Szene wieder stärker mit der Umdeutung historischer Ereignisse befasst, zeigen auch andere Veranstaltungen. So fand am 29. Juli in Bad Nenndorf ein „Gedenkmarsch“ zu einem ehemaligen britischen Internierungslager statt. Und im Oktober soll in Nürnberg unter Führung des bekannten Neonazi-Aktivisten Christian Malcoci für eine „Revision der Nürnberger Prozesse“ demonstriert werden.

Termine und aktuelle Informationen finden Sie unter www.ns-verherrlichung-stoppen.tk

Kampagne NS-Verherrlichung stoppen!
wunsiedel-presse@gmx.net ■

Aus dem Inhalt:



„Sofortiger Waffenstillstand“ war die Forderung auf vielen Kundgebungen, Mahnwachen und Demonstrationen, die in den letzten Tagen gegen den Krieg im Nahen Osten stattfanden. Wir veröffentlichen die Erklärung der FIR (Föderation der internationalen Widerstandskämpfer) und der VVN-BdA – siehe Seite 5

Proteste gegen NPD-Pressefest in Dresden

DRESDEN. Mit einem Bürgerfest und einer Demonstration haben am 5. August hunderte Menschen gegen das „Deutsche-Stimme“-Pressefest der NPD, das diesmal auf einem privaten Tennisgelände in Dresden-Pappritz stattfand, protestiert. Bei strömendem Regen hatten sich etwa 600 Menschen zu der Demonstration eingefunden. Begleitet von einem großen Polizeiaufgebot zogen sie zu dem Bürgerfest nach Dresden-Bühlau. Dorthin hatte das Bündnis „Bürgercourage – Freundeskreis gegen rechtsextremes Denken“ eingeladen, dem sich unter anderem Politiker von Linkspartei.PDS, FDP, CDU, SPD und Grünen sowie der DGB und die jüdische Gemeinde Dresden angeschlossen hatten.

„Pappritz ist bunt, keine Rechten auf unserem Grund!“ – Mit Transparenten und Luftballons, Plakaten an Laternenmasten und Gartenzäunen zeigten viele Anwohner ihren Unmut über die neofaschistische Veranstaltung in ihrem Stadtteil.

Zum Pressefest der Parteizeitung der NPD kamen nach Polizeiangaben etwa 3000 bis 4500 Neonazis, deutlich weniger als im letzten Jahr. Nichtsdestotrotz meldet die NPD auf ihrer Homepage 8000 TeilnehmerInnen.

Neben Udo Voigt waren als Redner Holger Apfel, Vorsitzender der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, der Rechtsanwalt Jürgen Rieger, der gerade wieder mit Immobiliengeschäften in Delmenhorst von sich reden macht, José Fernando Cantalapiedra, Vorsitzender der La Falange, Spanien, und Dimitris Zafiropulos, Generalsekretär der Patriotischen Allianz Griechenland angekündigt.

nach Presseberichten - u.b., Foto: indymedia ■

Rechtes Lob für „Regionalwährung"

WEIMAR. Die wachsende „Regionalwährungs"-Bewegung in zahlreichen Teilen der Republik wird nicht nur von den Anhängern des Sozialdarwinisten und „Freiwirtschafts"-Theoretikers Silvio Gesell begehrt.

Auch die neofaschistische NPD hat die „Regionalwährung" für sich entdeckt und befragte in ihrem Parteiorgan „Deutsche Stimme" dazu den NPD-"Wirtschaftsexperten" Per Lennart Aae. Dieser drückt seine Sympathie für „Regionalwährungs"-Initiativen aus, die ja Kaufkraft in der Region halten würden.

„Zu Ende gedacht und in die Tat umgesetzt" wäre dies „eine raumorientierte nationale Volkswirtschaft" in Ablehnung „des kapitalgesteuerten „freien" Welthandels", so Aae. Zu dieser Erkenntnis fehle es jedoch vielen „Regionalwährungs"-Aktivisten, die mit „politisch korrekten" Hemmungen behaftet seien, an Mut. Erst wenn es gelänge, diese Menschen „von den antinationalen Fesseln zu befreien", könne die NPD zu einem Motor „vieler noch schlummernder Bewegungen, darunter auch der Regionalwährungs-Bewegung" werden, so der „Wirtschaftsexperte" der NPD. Dazu bedürfe es „einer durchdachten völkisch-nationalen Weltanschauung in Verbindung mit politischem und ökonomischen Sachverstand". Während die NPD noch die Möglichkeiten auslotet, trifft sich die „Regionalwährungs"-Bewegung vom 30. September bis 1. Oktober in der Bauhaus-Universität in Weimar. Zuvor findet eine von der Bauhaus-Universität ausgerichtete internationale wissenschaftliche Tagung unter dem Titel „Monetäre Regionalisierung. Regionalwährungen als Katalysatoren einer endogenen Entwicklung" statt. *hma* ■

Konferenz in Moskau

MOSKAU. Neofaschistische Ideologen aus mehreren europäischen Ländern haben vom 6. bis 8. Juni in Moskau eine „internationale Konferenz" unter dem Titel „Die Zukunft der weißen Völker" durchgeführt.

In einer Deklaration der Konferenz-Teilnehmer wird unter dem Motto „Weiße Menschen der ganzen Welt – Vereinigt Euch!" die „Bildung einer Organisation der völkischen Nationen" propagiert. Diese solle „über alle Kontinente" ausgeweitet werden, „in denen weiße Völker leben". Den „Völkern europäischer Herkunft" drohe der Verlust ihrer „Identität", auch deren „historische Existenz" sei in Gefahr, heißt es in der Deklaration. Darum wurde auf der Konferenz die Bildung eines „alternativen, internationalen Rates" beschlossen, dessen „Hauptziel der Kampf für das weitere Bestehen der europäischen Völker und die Bewahrung ihrer Identität" sein soll.

Unterzeichnet wurde die Deklaration von Pierre Krebs vom „Thule-Seminar" aus Kassel, Pierre Vial, „Terre et Peuple" (Frankreich), Guillaume Faye (Frankreich), Yann-Ber Tillenon (Bretagne), Enrique Ravello, „Tierra y Pueblo" (Spanien), Elephterios Ballas, „ARMA" (Griechenland), Anatoly M. Iwanow, „Synergon" (Rußland), Wladimir B. Awdejew (Rußland), Pawel W. Tulaew, „Atenaeum" (Rußland) und Galina Lozko, „Swazoy" (Ukraine). *hma* ■

Kritische Lehrer im Visier

OBERHAUSEN. Die neofaschistische Zeitschrift „Unabhängige Nachrichten" bezeichnet in ihrer Juli-Ausgabe die Gewerkschaft GEW als „Die Miesmacher der Nation". Während die Deutschen „mit Flaggen und Hymne einen Aufbruch ins Normale" feierten, hätten die gewerkschaftlichen „Erzieher" das „Lied der Deutschen" beschimpft. „Solange wir solche Lehrer haben", so das Blatt, „brauchen wir zum Untergang von Volk und Nation keine äußeren Feinde mehr".

Für den Fall der Fälle hat die Zeitschrift auch gleich das Muster einer Dienstaufsichtsbeschwerde abgedruckt, mit der rechts-gewirkte Schüler gegen missliebige Pädagogen vorgehen können, die es wagen sollten, mit GEW-Material Kritik an der Nationalhymne zu äußern. *hma* ■

Desaströser NPD-Kommunalwahlauftakt in Verden

VERDEN. Mit rund 40 in Gewahrsam genommenen NPD-Anhängern in Verden endete der Kommunalwahlauftakt der NPD in Niedersachsen. Für Samstag, den 22.7.2006, hatte der Verdener NPD-Geschäftsführer Daniel Fürstenberg zu einer Kundgebung vor dem Verdener Rathaus aufgerufen. Redner sollten u.a. NPD-Chef Udo Voigt, der Landesvorsitzende der NPD-Berlin Eckart Bräuninger und Hans-Gerd Wiechmann sein. Anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahlen in Niedersachsen am 10. September sollte die Kundgebung unter dem Motto „Nein zu Multikulti! Verden ist unsere Stadt" stehen.

Der Verdener Rathausplatz war jedoch für diesen Samstag schon von einem Kinder-Zirkus reserviert worden sodass die NPD in Richtung der Straße „Herrlichkeit" ausweichen musste. Sowohl Antifaschisten als auch Verdener Bürger (ca. 200 Personen) konnten somit, wenige Meter von den Nazis entfernt, diesen durch Transparente, Trillerpfeifen und Sprechchören klarmachen, dass diese weder in Verden noch an einem anderen Ort erwünscht seien.

Natürlich durfte, wie bei fast allen NPD-Aufmärschen in Niedersachsen, die obligatorische „Hans-Gerd Wiechmann Standart-Rede" nicht fehlen. Neben ihm waren Adolf Dammann (Landesvorsitzender der NPD-Niedersachsen) und Aktivisten der „Nationalen Offensive Schaumburg" anwesend, außerdem Heisenhofler Neonazis.

Nach dem Ende der Kundgebung wurde der NPD-Tross dann von der Polizei zum Bahnhof eskortiert. Auf dem Weg dorthin wurden zahlreiche Iran-Fahnen verteilt und geschwungen sowie über den Lautsprecherwagen „Israel - Internationale Völkermordzentrale" skandiert. Daraufhin wurden alle übrig gebliebenen Teilnehmer der Kundgebung, inklusive Bundesvorsitzendem Voigt und Anmelder Daniel Fürstenberg, wegen des Verdachts auf Volksverhetzung in Gewahrsam genommen und deren Personalien festgestellt.

Insgesamt betrachtet war dies somit ein desaströser Wahlkampfauftakt für die NPD in Niedersachsen. Trotz der Ankündigung des Besuchs ihres Bundesvorsitzenden bekam die NPD-Verden gerade einmal 65 Anhänger auf die Straße, alle ihre Reden wurden durch ein Trillerpfeifenkonzert und Sprechchöre vollständig übertönt und letztendlich saßen am Ende des Tages fast alle Teilnehmer der NPD-Kundgebung für einige Stunden auf der Wache der Verdener Polizeidienststelle.

http://verden.antifa.net
artv@verden.antifa.net ■

Bald NPD-Hochburg in Delmenhorst?

DELMENHORST. Wie die Delmenhorster Zeitung berichtete, plant der rechtsextreme Anwalt Jürgen Rieger über seine Wilhelm-Tietjen-Stiftung das Hotel am Stadtpark in Delmenhorst zu kaufen und hat darüber hin-aus noch Interesse an der Delmehalle und der Delmeburg.

Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, der derzeitige Inhaber Günter Mergel will das Pleiteobjekt aber auf jeden Fall verkaufen. Aus Befürchtungen heraus, dass Delmenhorst demnächst Neonazi-Hochburg wird und das Hotel für Veranstaltungen und Schulungen der Rechtsextremisten genutzt wird, haben Privatleute zu einer Spendenaktion aufgerufen, um die Stadt bei einem Kauf zu unterstützen. In Verden konnte so eine drohende Zwangsversteigerung der Stadthalle verhindert werden, auf die Jürgen Rieger ebenfalls ein Auge geworfen hatte.

Bisher hatte die Stadt den Kauf abgelehnt, weil die Kosten den Stadtsäckel



Das Hotel am Stadtpark in Delmenhorst, das die Wilhelm-Tietjen-Stiftung kaufen möchte, Foto: indymedia

überfordern und die Stadt auch nicht recht weiß, was sie mit dem Haus anfangen soll. Für das 100-Zimmer-Haus müssten bis Mitte August 3,4 Millionen zusammenkommen.

nach Presseberichten - u.b. ■

Kommunalwahl-Kandidat der NPD-Verden im Knast

VERDEN. Dr. Rigolf Hennig hat am 10. Juli 2006 seine neunmonatige Haftstrafe in der Strafvollzugsanstalt Achim angetreten. Hennig hatte bis zuletzt vergebens versucht, die vom Landgericht Lüneburg verhängte Strafe wegen „schwerer Verunglimpfung des Staates" vor dem Bundesverfassungsgericht zu revidieren. Aufgrund seines hohen Alters muss der 71-Jährige jedoch seine Haft nur im offenen Vollzug absitzen. Abgesehen davon, dass Hennig und fast alle weiteren Kandidaten der NPD-Verden bereits vorbestraft sind, tritt die NPD-Verden nun auch noch mit einem Sträfling auf der Liste der Kommunalwahl am 10. September 2006 an. Dr. Rigolf Hennig ist Kandidat für den Verdener Stadtrat und den Wahlbereich Verden/Dörverden.

Antifa Verden ■

Polizeieinsatz gegen antifaschistische Podiumsdiskussion

MÜNCHEN. Die Münchner Polizei hat sich unter Androhung polizeilicher Gewalt Zutritt zu der Veranstaltung „Im Blickpunkt: Was tun gegen Rechts?! Opfer stärken – Tätern Grenzen setzen" verschafft, um die Podiumsdiskussion von KJR, dju, Insight e.V. und A.I.D.A. zu „beobachten und zu überwachen". Die Veranstalter brachen daraufhin ihre Informationsveranstaltung unter Protest ab und kündigen juristische und politische Schritte gegen diesen massiven Angriff der Münchner Polizei auf die Meinungs- und Pressefreiheit an. In ihrer Pressemitteilung heißt es:

Die Münchner Polizei hat sich am vergangenen Mittwoch, 19. Juli, unter Androhung von Gewalt Zugang zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung über Rechtsextremismus und rechte Gewalt verschafft. Die Podiumsdiskussion unter dem Motto „Was tun gegen Rechts" fand vor rund 60 TeilnehmerInnen im Eine-Welt-Haus statt. Auf dem Podium wollten die Journalistin und Leiterin der „Mobilen Opferberatung Sachsen-Anhalt", Heike Kleffner, das Vorstandsmitglied des Kreisjugendrings München-Stadt, Roland Wehrer, und der BR-Journalist und Münchner dju-Sprecher Thies Marsen über die zunehmenden Gefahren durch rechte Gewalt und Neonazis informieren und diskutieren.

Rund 20 zivile und uniformierte Polizisten des Dezernats 14 des Münchner Polizeipräsidiums verhinderten schließlich, dass die Veranstaltung wie geplant stattfinden konnte. Zuvor hatten zwei zivile Staatsschutz-Mitarbeiter (Dezernat 14) versucht, sich in die Veranstaltung einzuschleichen, um, wie beide mehrfach vor Zeugen später betonten, die Veranstaltung „zu beobachten und zu überwachen" unter Mitführung von Tonaufnahmegeräten. Da sich die beiden Beamten jedoch zuvor sonderbar benahmen, wurden sie als Polizisten erkannt, zur Rede gestellt und schließlich unter Berufung auf das Hausrecht vom Veranstalter aufgefordert, den Saal zu verlassen. Eine halbe Stunde später verschafften sich die beiden Staatsschutzbeamten dann mit Unterstützung uniformierter Kollegen und unter Androhung polizeilicher Gewalt erneut Einlass.

Die Veranstalter protestieren auf das Schärfste gegen das Vorgehen der Münchner Polizei. Auch die TeilnehmerInnen aller Altersgruppen empörten sich über die Anwesenheit und das Vorgehen der Polizei und lehnten die Überwachung entschieden ab. Auch auf mehrmalige Nachfrage der Veranstalter nannten die Beamten weder Gründe für ihre Anwesenheit noch den Anlass ihres Auftrages der Überwachung. Statt offensiv gegen gewaltbereite Neonazis vorzugehen, nimmt die Polizei offensichtlich Bürgerinnen, Bürger, Verbände und Gewerkschaften ins Visier, die sich über Rechtsextremismus, die Unterstützung von Opfern und die gesellschaftlichen Gefahren rechter Gewalt informieren und sie diskutieren wollen.

Dazu der Sprecher der dju-München Thies Marsen: „Die Münchner Polizei überhört und reagiert nicht, wenn – wie am 9. November vergangenen Jahres geschehen – Neonazis in der Münchner Öffentlichkeit NS-Größen verherrlichen (siehe Berichte der SZ). Gewerkschafter, Journalisten und Mitarbeiter der Jugendhilfe, die sich gegen Neonazis engagieren, sollen dagegen verdeckt ausgehorcht werden. Das Polizeipräsidium München geht offensichtlich lieber gegen die Verteidiger von Demokratie und Zivilgesellschaft vor als gegen deren Feinde. Das ist ein Skandal erster Güte. Eine der Lehren aus dem Nationalsozialismus war es, Polizei und Geheimdienst strikt zu trennen, um eine Gesinnungspolizei für die Zukunft auszuschließen."

Die Münchner Polizei missachte nun diese für ein demokratisches Gemeinwesen elementare Trennung, um ausgerechnet Bürgerinnen und Bürger auszuspionieren, die ein Wiedererstarken der Nationalsozialisten verhindern wollen. Zugleich betonte Marsen, dass gegen einen Dialog mit den Sicherheitskräften über ein gemeinsames Vorgehen gegen Neonazis nichts einzuwenden sei. „Da liegt bei der Münchner Polizei schließlich noch einiges im Argen." Eine geheime Überwachung sei jedoch das genaue Gegenteil eines Dialogs und mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar.

Die betroffenen Verbände und Gewerkschaften kündigen hiermit juristische Schritte gegen die beiden Münchner Polizisten und die verantwortlichen Einsatzleiter an und fordern gleichzeitig die Münchner Stadtspitze, den Stadtrat und das Bayerische Innenministerium auf, politische und rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um die offenbar aus dem Ruder laufenden Staatsschutz-Beamten im Münchner Polizeipräsidium zu stoppen. Die Veranstalter protestieren aufs Schärfste gegen diesen massiven Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit. Die veranstaltenden Organisationen befürchten für die Zukunft auch die Überwachung anderer Gruppen, Vereine und Initiativen.

20.7.2006. Gemeinsame Presseerklärung des Kreisjugendrings München-Stadt, der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) Kreisverband München, des Vereins InSight e.V. und der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (A.I.D.A.) ■

Alternative Ehrenbürgerschaft für Gunter Demnig

Köln. Nach vierjähriger Pause wird in diesem Jahr wieder die „Alternative Ehrenbürgerschaft“ in Köln verliehen.

Das Kölner Bürgerkomitee „Alternative Ehrenbürgerschaft“ hatte sich 2002 gebildet, um auf solche Menschen hinzuweisen, die sich in außergewöhnlicher Weise um die Stadtgesellschaft verdient gemacht haben, und bei deren Engagement und ihrer Persönlichkeit kaum zu erwarten ist, dass sie jemals nach den bisherigen Regeln eine offizielle Ehrenbürgerschaft erhalten würden.

Nach der ersten „Alternativen Ehrenbürgerschaft“ für den katholischen Pfarrer Franz Meurer im Jahr 2002 hat das Komitee beschlossen, dem durch seine „Stolpersteine“ weit über die Grenzen Kölns hinaus bekannt gewordenen Künstler Gunter Demnig die „Alternative Ehrenbürgerschaft“ zu verleihen. Gunter Demnig hat inzwischen in etwa 170 Orten in Deutschland und auch im Ausland mit seinen mehr als 8000 „Stolpersteinen“ vor den Häusern und Wohnungen von in der Nazizeit umgebrachten Menschen eine Erinnerungskultur geschaffen, die gerade bei jungen Menschen großen Anklang findet. Uneigennützig und ohne finanzielle Ressourcen arbeitet er an diesem Projekt weiter.

Die offizielle Verleihung der „Alternativen Ehrenbürgerschaft“ wird am Sonntag, 20.8. um 15 Uhr vor dem Historischen Rathaus in Köln stattfinden. Die Moderation bei dieser Bürgerfeier wird Sonja Mikich (Monitor) übernehmen. Die Laudation auf den neuen „alternativen Ehrenbürger“ hält Elke Heidenreich.

Kölner Bürgerkomitee „Alternative Ehrenbürger“, gez. Peter Canisius ■

Stolpersteine auch für München

München. Spontan kamen Menschen auf den Stand zu und berichteten, wie sie die Verlegung in der eigenen Stadt miterlebt hatten. Andere waren überrascht und verwundert als sie erfuhren, dass es in München ein Verbot der Verlegung gibt. Ob aus Berlin, Hamburg oder Köln, keiner der Besucher Münchens hatte aufgrund eigener Erfahrungen Verständnis für die Position des Münchener Stadtrats zu „Stolpersteinen“, den kleinen Gedenktäfelchen aus Messing des Kölner Künstlers Gunter Demnig für Opfer der Hitler-Diktatur. Ort dieser positiven Erfahrungen war die Ecke Theatiner-Straße/Viscardigasse. Dort führte die „Initiative Stolpersteine München“ (www.stolpersteine-muenchen.de) am Freitag und Samstag einen Informationsstand durch. Ziel war es, die Münchener über die Initiative und die Bedeutung der „Stolpersteine“ aufzuklären. Viele Münchener sahen an diesem Stand erstmals den aus einer Messingplatte (10cm X10 cm) mit Namen und Daten des Opfers und einem Betonsockel bestehenden Gedenkstein.

Am Stand der Initiative konnten sich Passanten auch in Listen für die Unterstützung der Verlegung von Stolpersteinen in München eintragen. Viele nutzten diese Möglichkeit ihre persönliche Meinung zu äußern, so dass am Ende 25 volle Listen mit jeweils 20 Unterschriftenzeilen vorlagen.



Der Infostand der Initiative Stolpersteine München an der Ecke Theatiner-Straße/Viscardigasse

Auch Werner Grube, Nazi-Vefolgter und KZ-Überlebender, ließ es sich trotz seines hohen Alters und der tropischen Hitze nicht nehmen, die Aktiven der Stolpersteine-Initiative am Stand zu unterstützen. „Diese positive Resonanz vieler Münchener hat mich bestärkt, weiterhin für eine Aufhebung des Ratsbeschlusses gegen die Verlegung der „Stolpersteine“ zu arbeiten“, erklärte Werner Grube in einer Pressemitteilung.

werner.thiel1@web.de ■

Erste „Stolpersteine“ in Suhl verlegt

Suhl. Im Stadtgebiet von Suhl sind am 24. Juli die ersten so genannten „Stolpersteine“ verlegt worden. Sie sollen an die Opfer der Nazi-Diktatur erinnern. Nach Nordhausen, Gotha und Bleicherode beteiligt sich Suhl als vierte Stadt in Thüringen an dem Projekt des Kölner Bildhauers Gunter Demnig. Zunächst sollen 20 Gedenkplatten aus Messing in den Suhler Gehwegen an frühere Anwohner erinnern, die von den Nazis verschleppt und ermordet wurden.

Quelle: MDR 1 RADIO THÜRINGEN ■

Der Odenwald wehrt sich gegen Neonazis!

Odenwaldkreis. Als „vollen Erfolg“ werten die DGB-Region Starkenburg und der DGB Odenwaldkreis die Protestaktionen gegen die Nazi-Kundgebungen im Odenwald. „Der breite Protest der Bevölkerung hat deutlich gemacht, dass Neonazis mit ihrer verbrecherischen Ideologie im Odenwald nicht erwünscht sind“, betont DGB-Organisationssekretär Horst Raupp (Darmstadt). „Die Außenwirkung der wenigen angereisten braunen Demonstranten war gleich Null. Die reaktionären Parolen der Neonazis gingen in den Sprechchören der Demokratinnen und Demokraten komplett unter, die angekündigten Nazi-Kundgebungen in Groß-Umstadt, Bad König und Rimbach fanden aufgrund des breiten demokratischen Widerstandes erst gar nicht statt. Im Odenwald beißen die Nazis auf Granit – und das ist auch gut so!“.

Wie berichtet, hatte sich gegen den Nazi-Aufmarsch im Odenwald ein breites Aktionsbündnis gebildet, das aus Gewerkschaften, demokratischen Parteien, Jugend- und Sozialverbänden sowie kirchlichen Gruppen besteht. Dem Bündnis gehören mittlerweile fast 50 Organisationen an.

Um nicht nur zu reagieren, wenn Neonazis aufmarschieren wollen, sondern gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus offensiv zu agieren, wird der DGB Odenwaldkreis nach den Sommerferien zur Gründung eines Odenwälder Bündnisses gegen rechts einladen. Ein Schwerpunkt des Bündnisses ist der Ausbau der antifaschistischen Jugend- und Kulturarbeit im Landkreis.

PE, Horst Raupp DGB-Organisationssekretär ■

VVN fodert Verbot

Dortmund. Weil Nazis erneut – wie schon im letzten Jahr – am Antikriegstag durch Dortmund marschieren wollen, hat sich die VVN-BdA mit einem Schreiben an das Polizeipräsidium Dortmund gewandt. Darin heißt es:

„Am 1. und 2. September beabsichtigen die Nazis und Neonazis von Dortmund, den weltweit begangenen Antikriegstag zu schänden und wieder eine landesweite Demonstration „Nie wieder Krieg...“ durchzuführen. Im vergangenen Jahr setzten sie auf der Kundgebung hinzu: „... nach unserem Sieg.“

Der Ihnen bekannte Aufruf für den Dortmunder NS-Aufmarsch ruft zum Krieg auf, insbesondere zum Antisemitismus und zum Völkerhass, zum Krieg gegen Israel. Zum Krieg gäbe es nur die Alternative des weltweiten Sieges des Nationalsozialismus („nationaler Sozialismus“). Wir fordern das Verbot des Naziaufmarsches.

Zugleich melden wir unsere Aktion an, die unter dem Motto steht „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“

VVN-BdA NRW,
vvn-bdanrw@freenet.de ■

Antifademo in Zella-Mehlis

Für Samstag, den 26. August, ruft die Antifa Gruppe Südthüringen zu einer antifaschistischen Demonstration in Zella-Mehlis auf:

„Grund ist die Überhandnahme von Nazigewalt und rechten Strukturen. Die ansässige Kameradschaft Zella-Mehlis zeichnet sich vor allem durch eine hohe Gewaltbereitschaft und die ständige Präsenz auf öffentlichen Veranstaltungen der Stadt aus. Neonazis wirken unbeachtet in Sportvereinen und der Feuerwehr mit. Auf Stadtfesten und diversen anderen öffentlichen Feierlichkeiten sorgen Neonazis für ein Klima der Angst unter Menschen mit politisch linkem und migrantischen Hintergrund.

Zusammen wollen wir gegen jede Form von Nationalismus, Rassismus und Neonazismus kämpfen. Kommt nach Zella-Mehlis zur Antifademo!“

aus dem Aufruf
Weitere Infos auf www.agst.antifa.net ■

Erklärung der FIR zum Krieg im Nahen Osten

Stoppt die militärische Eskalation in Nahost – Waffenstillstand sofort – Keine NATO - Truppen nach Nahost

Angesichts der verheerenden Folgen für die Menschen in Israel und dem Libanon senden wir als Internationale Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten (FIR) einen dringenden Appell an alle Kriegsparteien in Nahost, die Eskalation der militärischen Gewalt unverzüglich zu stoppen und wieder Verhandlungen über eine gemeinsame Lösung des Konfliktes aufzunehmen.

Wir sind uns einig mit unseren Partnerverbänden in Israel und in der ganzen Welt, dass in keiner Weise das Existenzrecht des Staates Israel und das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat, so wie es in unzähligen Resolutionen der Vereinten Nationen betont wurde, in Frage gestellt werden darf. Dazu gehört es auch, die friedenssichernden Rolle der UNO anzuerkennen. Ein falscher Weg wäre die Entsendung von NATO-Truppen, wie sie in der politischen Öffentlichkeit diskutiert wird.

Eine Friedenslösung kann nicht militärisch, sondern nur auf dem Verhandlungswege und in Respekt der territorialen Integrität aller Beteiligten gefunden werden.

Ein wichtiger Schritt wäre die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen in die Region und die nachdrückliche Einflussnahme auf die politisch Verantwortlichen, die terroristische, militärische und strukturelle Gewalt zu beenden und sofort einen Waffenstillstand herzustellen.

Wir warnen in diesem Zusammenhang auch vor einer Zunahme von Antisemitismus und Antiislamismus in unseren eigenen Ländern. Wir müssen erleben, wie Gruppen der extremen Rechten die militärische Eskalation im Nahen Osten für die Verbreitung ihrer rassistischen Parolen nutzen.

Föderation Internationaler Widerstandskämpfer FIR, Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär ■



Waffenstillstand sofort – Keine deutschen Truppen nach Nahost

Als deutsche Antifaschistinnen und Antifaschisten wenden wir uns mit Entschiedenheit gegen die regierungsoffizielle Erwägung, deutsche Soldaten nunmehr auch im Nahen Osten einzusetzen.

Solche Erwägungen werden nicht annehmbarer, wenn sie in den Medien mit den Worten kommentiert werden, es sollte die Bundeswehr an der Seite Israels gegen die „Hisbollah“ kämpfen.

Die Verbrechen des deutschen Faschismus und der Holocaust sind schließlich eine wesentliche Ursache für die Entstehung des Konflikts überhaupt. Es ist deshalb geradezu zynisch, den Einsatz deutscher Soldaten dort mit der besonderen deutschen Verantwortung begründen zu wollen.

Wir fordern, dass die Bundesregierung nicht militärische, sondern friedenspolitische Anstrengungen unternimmt, den Konflikt zu entschärfen, insbesondere durch die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen in die Region und durch nachdrückliche Einflussnahmen auf die politisch Verantwortlichen, die terroristische, militärische und strukturelle Gewalt zu beenden und sofort einen Waffenstillstand herzustellen.

Die VVN-BdA tritt entschieden für das Existenzrecht des Staates Israel wie für das eines palästinensischen Staates ein. Sie verlangt die Verwirklichung der Nahost-Resolutionen und -Forderungen der Vereinten Nationen.

Die VVN-BdA stellt fest:

1. Die VVN-BdA wurde 1947 mitbegründet von jüdischen Holocaustüberlebenden. Sie ist stets gegen jeden Antisemitismus aufgetreten.

2. In der Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Krieg im Nahen Osten verurteilt die VVN-BdA Terrorismus und Staatsterrorismus gleichermaßen.

3. Sie ist solidarisch mit der israelischen und der palästinensischen Friedensbewegung. Eine kritiklose Hinnahme des Terrors von Hamas, Hisbollah u.ä. ist für die VVN-BdA ebenso undenkbar wie des Terrors der Regierung Olmert. Die VVN-BdA verurteilt die Eskalation des Krieges im Nahen Osten, wie sie von beiden Seiten betrieben wird.

VVN-BdA Bundesausschuss
Prof. Dr. Heinrich Fink
www.vvn-bda.de
bundesbuero@vvn-bda.de ■

Für den 2.9. plant das Bündnis ‚gemeinsam gegen rechts' in den Berliner Bezirken Treptow-Köpenick sowie Neukölln eine große antifaschistische Bündnisdemonstration. Die Veranstaltung startet um 12 Uhr am S-Bhf Schöneweide und endet auf der Rudower Spinne, wo ein Konzert geplant ist.

„Augen auf!"

Die Demonstration weist auf die Nazistrukturen hin, die sich besonders in Schöneweide, Johannisthal, Rudow und Köpenick etabliert haben. Für viele Menschen gelten diese Stadtteile als so genannte ‚Angstzonen'. Es wird auch auf die Wahlen am 17.9. hingewiesen. So soll die Demonstration ein Zeichen setzen, der NPD keine Stimme zu geben.

Bisherige UnterstützerInnen sind:

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Berlin, Deutsche Kommunistische Partei Treptow-Köpenick, AGREXIVE in ver.di Berlin, Autonome Antifa Infernal, Red & Anarchist Skinheads Berlin-Brandenburg, Autonome Neuköllner Antifa, Treptower Antifa Gruppe, Antifaschistischer Aufstand Köpenick, Antikapitalistische Aktion Berlin, Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken-Zingaya Köpenick, Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken KV Neukölln, Grüne Jugend Treptow-Köpenick-Neukölln, Die Grünen Neukölln, Jungsozialisten Neukölln, Die Linke.PDS Neukölln, Die Linke.PDS Treptow-Köpenick Junge Linke Neukölln.

Im Aufruf heißt es:

Lokale Nazistrukturen

... In den beiden Bezirken Treptow-Köpenick und Neukölln haben sich die Neonazis eine breite Infrastruktur aufgebaut. Schöneweide und Johannisthal haben sich zu attraktiven Wohnorten für organisierte Nazikader entwickelt und bundesweit ist ein Zuzug in diesen Teil von Berlin zu beobachten, was für ein schnell zu mobilisierendes großes Personenpotential sorgt. In beiden Bezirken, Treptow-Köpenick wie auch Neukölln, entstanden so mittlerweile regelrechte „Angstzonen", Orte, an denen sich Menschen anderer Hautfarbe und nicht-rechtem Aussehen, nicht ohne weiteres bewegen können.

Treptow-Köpenick verfügt, besonders um den S-Bahnhof Schöneweide herum, über ein dicht geknüpftes Netz an Kneipen, in welchen sich Neonazis treffen und ihre menschenverachtende Ideologie ausleben können. Dazu zählt an erster Stelle das Lokal „Spreehexe" in der Schnellerstraße, in welchem erst im März dieses Jahres ein Konzert, der Neonazi-Band „Spreegeschwader" durch die Polizei verhindert wurde. Aber auch sonst treffen sich organisierte Neonazis aus ganz Berlin allabendlich in dem Lokal.

In Oberschöneweide gibt es zudem seit Oktober 2005 den Laden „Parzifal", in welchem mensch alles findet, was das Neonaziherz so begehrt. Die Betreiber werden dem Spektrum der seit Anfang der 90er Jahre bestehenden rechten Rocker-Gruppe „Vandalen-Ariogermanische Kampfgemeinschaft" zugerechnet.

Zudem bietet die Bundesparteizentrale der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands", der NPD, in der Seelenbinderstraße Rückzugsräume und das neugebaute „Nationale Schulungszentrum" von bundesweiten Alt- und Neonazis für die Schulung von Nachwuchskadern genutzt. Mitglieder der verbotenen Kameradschaften Tor und BASO traten nach den Verboten verstärkt in die Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) ein und sorgen für ein enges Miteinander sogenannter „Freier Nationalisten" mit der Partei.

Während Treptow und insbesondere Schöneweide schon länger den Ruf einer Angstzone für Menschen migrantischer Herkunft und alternative Jugendliche hat, geriet der ebenfalls durch eine hohe Präsenz organisierter Neonazis gezeichnete Neuköllner Stadtteil Rudow weniger in das Licht der Öffentlichkeit. Doch kam es dort in den letzten Jahren immer wieder zu regelrechten Hetzjagden auf MigrantInnen. In Rudow treffen sich an der sogenannten Rudower Spinne am U-Bahnhof Rudow regelmäßig gößere Gruppen junger Neonazis und bedrohen PassantInnen.

Ein Nazi bleibt ein Nazi

Von der Mitte der Gesellschaft bis ins Lager der militanten Neonazis wird eine Sicherung des deutschen Nationalstaates gefordert und eine Abschottungspolitik vertreten, die MigrantInnen und Flüchtlinge ausschließt. Mit dem Slogan „Arbeit für Deutsche" werden sie zu Sündenböcken stilisiert, als wären sie für soziale Einbußen verantwortlich.

... In Zeiten von drastischem Abbau des Sozialstaates versucht die NPD mit ihren vermeintlichen „Alternativen" zu punkten. Jedoch ist die Zahl derer, die rechtes Gedankengut vertreten, bereits seit Jahrzehnten – und nicht erst seit dem Fall der Mauer – auf hohem Niveau. Rassismus etc. sind Einstellungen, die aus der Mitte der Gesellschaft kommen und bei den Rechten nur ihre radikalste Ausformulierung finden. (...)

Du hast die Wahl!

Am 18. September 2005 fand die letzte Bundestagswahl statt, bei welcher auch die neonazistische NPD antrat. Bereits zu Beginn des Jahres hatten die NPD und die extrem rechte Deutsche Volksunion (DVU) im Rahmen ihrer Kooperationsbemühungen unter der Überschrift „Volksfront" einen „Deutschlandpakt" zur Verhinderung konkurrierender Wahlantritte geschlossen. Unterstützt wurde die NPD zudem von den „Freien Kräften". Der NPD gelang berlinweit mehr als eine Verdopplung ihres Ergebnisses im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl. Dabei fiel auf, dass der Zuspruch zu der Neonazi-Partei in den östlichen Bezirken doppelt so hoch war wie in den westlichen Stadtbezirken. Ihre besten Ergebnisse erzielten die Neonazis in den östlichen Bezirken Marzahn-Hellersdorf mit 3,2 Prozent, Lichtenberg mit 2,8 Prozent und Treptow-Köpenick mit 2,4 Prozent der Stimmen. In einzelnen Wahllokalen dieser Bezirke erzielte die NPD deutlich stärkere Ergebnisse von bis zu 11,4 Prozent der Wählerstimmen (Oberschöneweide).

Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 17. September 2006 besteht die konkrete Gefahr eines lokalen NPD-Sieges. Denn während bei der Abgeordnetenhauswahl eine Sperrklausel von 5 Prozent besteht, wurde diese für die Wahlen zur BVV durch ein Urteil des Berliner Landesverfassungsgerichtshofs für verfassungswidrig erklärt. Daraufhin wurde eine 3-Prozent-Hürde eingeführt. Zudem wurde das Wahlalter auf 16 Jahre runter geschraubt.

Nur dagegen?

Es reicht uns nicht, einfach nur gegen Nazis zu sein. Was wir wollen, ist eine Gesellschaft, in der Menschen nicht aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe oder ihrer non-konformen Lebenseinstellung sowie politischen Einstellung ausgegrenzt werden. Es ist bitter nötig, eine antifaschistische Gegenkultur zu etablieren und erfahrbar zu machen. Und das heißt: Emanzipation von rassistischen, antisemitischen und sexistischen Vorurteilen und Klischees. Die Arbeit in Bündnissen ist daher Teil unserer Politik.

Die Demonstration von Schöneweide nach Rudow soll allen zeigen, dass den sich verbreitenden rechten Strukturen und Einstellungen im Bezirk antifaschistisches Engagement entgegen gesetzt wird. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie Neonazis die Straßen dominieren und rechte Ideologien in Zeiten sozialer Unsicherheiten die Köpfe erobern.

Deshalb werden im Rahmen der Demonstration die „Spreehexe", der „Parzifal", der S-Bhf Schöneweide und die Rudower Spinne thematisiert.

Wir werden zeigen, dass es eine Alternative zu rechter Kultur gibt, nämlich Antifaschismus!

abso@no-log.org
www.abso-berlin.tk ■

Public Enemy Numéro Deux

Die französische Regierung hat die Organisation «Tribu K» wegen Rassismus verboten. Deren ausschließlich schwarze Mitglieder sind u.a. militante Antisemiten.

Es ist das erste Mal, dass in Frankreich eine Gruppe von Nichtweißen (unter anderem) wegen Rassismus verboten wird. Am Mittwoch, den 26. Juli beschloss das Kabinett auf seiner wöchentlichen Sitzung in Paris, die ethno-zentristische und neuheidnische Sekte Tribu K aufzulösen. Die aus französischen Schwarzen bestehende Gruppierung hatte nach Schätzungen der Renseignements Généraux, einer Abteilung der Polizei, die vergleichbare Aufgaben wie die deutschen Verfassungsschutzämter wahrnimmt, rund 30 Mitglieder.

Andere Angaben gingen bis zu maximal 50 Mitgliedern. Manche Kenner der Szene behaupten aber, dass die Tribu K ihre Mitgliederzahl nach den jüngsten Zwischenfällen, die Ende Mai dieses Jahres durch die militante Gruppierung provoziert worden waren (siehe unten), und aufgrund des danach ausbrechenden Mediengetöses beträchtlich steigern konnte. So behaupten manche Beobachter, die Zahl ihrer aktiven Anhänger sei in jüngster Zeit bis auf 120 angeschwollen. Der Unterschied zwischen diesen divergierenden Angaben dürfte freilich letzlich nur darauf beruhen, dass manche Schätzungen neben den Mitglieder des „harten Kerns" auch die Sympathisanten mit einbeziehen.

Auflösung nach dem Verbotsgesetz, das 1936 gegen faschistische Gruppierungen entworfen worden war

Zu ihrem Verbot durch Beschluss des Ministerrats wurde das Gesetz von 1936 zur Auflösung von „Kampfgruppen und privaten Milizen" herangezogen, das in jenem Jahr dazu gedient hatte, die pro-faschistischen „Ligen" oder „Bünde" der Rechten in der Zwischenkriegszeit aufzulösen. Auch in den letzten Jahren hatte dasselbe Gesetz als Grundlage für die Auflösung von politischen Gruppierungen, die beispielsweise Gewalt anzuwenden drohten oder sich darauf vorbereiteten, gedient. Die Tribu K gehörte in diese Kategorie: Verbotsdrohungen gegen sie hatte der französische Innenminister Nicolas Sarkozy erstmals konkret erhoben, nachdem die Gruppierung am letzten Sonntag im Mai (28. Mai) mit einem rund zwanzigköpfigen Stoßtrupp in den Marais – das älteste jüdische Viertel von Paris – eingedrungen war.

Dort hatte sie in der rue des Rosiers, einer von zahlreichen Restaurants und Geschäften gesäumten Straße im Zentrum des Marais, paradiert. Ihr Auftritt, der mit der unmittelbaren Androhung von Gewalt verbunden war, galt nach eigenen Angaben der Gruppierung der rechtsextremen „Jüdischen Verteidigungsliga" (LDJ). Bei ihr handelt es sich um den französischen Ableger der rassistischen Kach-Bewegung des 1990 getöteten Rabbis Meir Kahane. Die Kach-Bewegung wurde in Israel verboten, nachdem ihr Anhänger Baruch Goldstein (einer der rechtsradikalen Siedler von Hebron, im besetzen Westjordanland) 1994 in der Nähe von Hebron ein Massaker an 30 betenden Palästinsern verübt hatte. Und auch in den USA ist sie verboten.

Die LDJ muss ebenso wie die Tribu K selbst zu den Ethnoextremisten gezählt werden. Über den Versuch, Selbstjustiz gegenüber den Extremisten der „anderen Seite" zu üben, hinaus stellte der Aufmarsch des Schlägerkommandos der Tribu K jedoch eine klare Drohung gegen



Foto: www.arbeiterfotografie.com

eine ganze Bevölkerungsgruppe dar. Zumal das Agieren einer militanten Splittergruppe wie der LDJ, in der ethnizistischen Sichtweise der von einem 25jährigen selbsternannten Guru namens Kémi Séba angeführten Tribu K, angeblich auf ihre gesamte Bevölkerungs- oder Religionsgruppe zurückschlägt: In ihren Augen gibt es keine politischen Strömungen, sondern nur Juden, Schwarze und andere „natürliche" Gruppen, die strikt voneinander getrennt bleiben sollten.

Jüdische Ladeninhaber, die nichts mit der LDJ zu tun hatten, wurden an jenem Sonntag beleidigt und bedroht. Am darauf folgenden Sonntag (4. Juni), der auf das Pfingstwochenende fiel, hatte die Tribu K erneut ihr Eindringen in den Marais angekündigt. Dieses Mal wurden sie von einem bedeutenden Aufgebot von Polizisten, aber mehr noch von Journalisten und Medienleuten erwartet. Die Tribu K kam aber nicht – von einem Überraschungseffekt hätte sie dieses Mal nicht profitieren können, und dass man in den Medien extrem viel über sie sprach, hatte sie ohnehin erreicht. Aber zu dem Zeitpunkt wurde im Innenministerium bereits der Verbotsantrag gegen die Gruppierung erarbeitet und juristisch geprüft.

Gegenseitiges Ausspielen von «schwarzen» und «jüdischen» Opfern

Zum letzten Mal hatte die Tribu K vor nunmehr einem Monat kurzfristig von sich reden gemacht. Damals begab sich eine Abordnung der Gruppierung nach Compiègne – rund 65 Kilomter nördlich von Paris –, an das Krankenbett eines Schwarzen, der zusammen mit anderen, ausschließlich farbigen Menschen zum Opfer eines Amokschützen geworden war. Der Verletzte erklärte dazu, er schätze die Geste des Besuchs, aber er könne sich mit den Ideen der Tribu K überhaupt nicht identifizieren. Letztere forderte den Innenminister Sarkozy sowie den Bürgermeister von Compiègne ultimativ dazu auf, ihrerseits dem schwarzen Gewaltopfer einen Besuch abzustatten – ansonsten werde es „Aufruhr" geben. Einmal mehr verglich die Tribu K die mangelnde Aufmerksamkeit, die Schwarzen zuteil werde, mit der Aufmerksamkeit in Politik und Medien, die jüdische Gewaltopfer erführen.

Neuheidnischer Kult mit rassischer Grundlage

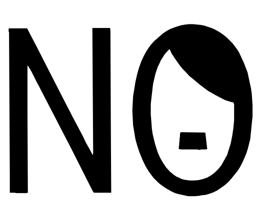
Inhaltlich zeichnete sich die sektenförmige Gruppierung dadurch aus, dass sie von sich behauptete, eine neue Religion erfunden – oder historisch wieder entdeckt – zu haben. Dafür hatte sie den alt-ägpytischen Gott Aton ausgegraben, dem sie einen Kult widmete. In dem, neben der Schreibweise mit K ebenfalls verbreiteten, Namenskürzel Tribu KA steht der letzte Buchstabe denn auch für Atoniens (Aton-Anhänger). Das K hingegen firmiert als Platzhalter für den ebenfalls durch die Sekte geschaffenen Begriff kémites. Denn als „Kemiten" bezeichnet sie in der ihr eigenen Sprache die aus Afrika stammenden Menschen, die sie als „auserwähltes Volk der Geschichte" bezeichnet und für die man die Bezeichnung ‚Schwarze' als „Sklavenhaltersprache" ablehnt.

Dieses Volk habe sich im alten Ägypten – das in der Vorstellungswelt der Tribu K eine Gesellschaft von Schwarzen darstellte, jedoch in Wirklichkeit sehr viel „gemischter" war – als Träger einer überlegenen Zivilisation erwiesen. →

Aufruf für Anti-Nazi-Aktionen am 19. August 2006

MÜNCHEN. Am 17. August jährt sich der Todestag von Hitlers Stellvertreter in der NSDAP, Rudolf Hess, der in den Nürnberger Prozessen als einer der Hauptkriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Nun möchten Neo-Nazis auch in München diesen Jahrestag für ihre Propaganda nutzen und haben für Samstag, den 19. August 2006 beim Kreisverwaltungsreferat eine Kundgebung angemeldet. Dies nachdem im vergangenen Jahr zum ersten Mal das Verbot der sogenannten „Rudolf-Hess-Gedenkmärsche" in Wunsiedel durch die Gerichte bestätigt wurde. Die Münchnerinnen und Münchner haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass sie faschistische Propaganda in ihrer Stadt nicht dulden und sind gemeinsam gegen Versuche der Neonazis, öffentlich aufzutreten, auf die Straße gegangen.

Wenn die Nazis am 19. August auftreten, werden wir Flagge zeigen: Wir rufen alle Münchnerinnen und Münchner auf, sich den Nazis entgegen zu stellen. Wir wollen an diesem Tag auf der Straße sein und den Versuch der Neonazis verhindern, sich in dieser Stadt breit zu machen und NS-Verherrlichung zu betreiben. Die Stadt gehört den MünchnerInnen mit und ohne deutschen Pass und allen, die gegen Rassismus und Faschismus auf die Straße gehen! Wir rufen die Münchner Bevölkerung zur Teilnahme an der Kundgebung am 19. August 2006 auf dem Marienplatz auf. Diese Demonstration wird abermals deutlich machen, dass Neonazis in dieser Stadt unerwünscht sind und keine Chance haben.



Erstunterzeichner/innen: Siegfried Benker, Fraktionsvors. B 90/ Die Grünen/ Rosa Liste im Münchner Rathaus * Heinrich Birner, Geschäftsführer ver.di Bezirk München * Simone Burger, stv. Juso-Bundesvorsitzende * Oemer Yasar Fincan, SPD-Stadtrat * Nikolaus Gradl, SPD-Stadtrat * Joachim-Peter Graf, Geschäftsführer GEW München * Ernst Grube, KZ-Überlebender * Stefanie Jung, Physikerin * Martin Löwenberg, Bündnis gegen Nazi-Aufmärsche, KZ-Überlebender * Max Mannheimer, Vors. Lagergemeinschaft Dachau * Brigitte Meier, SPD-Stadträtin * Friedbert Mühldorfer, Sprecher VVN-BdA Bayern * Cumali Naz, Vors. Ausländerbeirat München * Corinna Poll, stv. Landesvorsitzende Freidenkerverband Bayern * Harald Pürzel, Vors. ver.di Bezirk München * Florian Ritter, SPD MdL * Adelheid Rupp, SPD MdL * Hans Taschner, ehem. Dachau-Häftling Ausländerbeirat München * Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) München * DGB-Jugend München * Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) München * SPD Unterbezirk München **Spendenkonto:** Martin Löwenberg, Kontonr.: 28 26 48 02 bei der Postbank München, BLZ 700 100 80, Stichwort 19. August

Fortsetzung von Seite 7

Nunmehr müsse es den Platz „an der Spitze der Menschheit", der ihm von Natur aus bzw. vom göttlichen Schöpfungsplan her zustehe, zurück erobern. Auf dem Weg dahin müsse dieses auserwählte Volk sich selbst rein erhalten und dürfe sich nicht mit anderen Menschengruppen vermischen. Die Weißen, durch die Sekte mit einem aus dem Altgriechischen abgeleiteten Doppelbegriff als Leukoderme (Weißhäutige) bezeichnet, seien dabei ebenso Konkurrenten oder Feinde des kemitischen Volkes wie Juden und Araber. Die Existenz menschlicher „Rassen" wird als gegebene Tatsache vorausgesetzt, nur die zwischen ihnen bestehende Hierarchie wird gegenüber den Vorstellungen europäischer Rassisten umgedreht. Als Antwort auf die tatsächlich bestehenden Benachteiligungen von Schwarzen oder Rassismus, wie ihn Sémi Kéba nach verschiedenen Berichten in seiner Jugend in Strasbourg mehrmals auf gewalttätige Weise erlebt hat, hat die Sekte einen eigenen Rassismus entworfen. (‚Kémi Séba' ist das Pseudonym des jungen Mannes, der in Wirklichkeit – mit bürgerlichem Namen – Stellio Gilles Robert Capochin heißt und dessen Eltern aus dem westafrikanischen Staat Benin stammen.)

Nicht zufällig nimmt der Begriff vom „auserwählten Volk" dabei Bezug auf das Alte Testament der Bibel, und die Wortschöpfung „Kemiten" ist als Nachahmung des – eigentlich eine Sprachengruppe bezeichnenden – Begriffs Semiten konzipiert. Die Schaffung einer neuen Religion soll dabei den geringen Stellenwert, der den Schwarzen in den bestehenden monotheistischen Weltreligionen und den ihnen zugrunde gelegten Schriften zukomme, widerspiegeln. Daneben gibt es in einem Teil der schwarzen Bevölkerung – wie auch bei anderen Minderheiten und Migrantengruppen – eine Selbstvergleichung mit der jüdischen Bevölkerung in Frankreich, die manchmal neidvoll ausfällt und manchmal auch eher zu stärkeren eigenen Anstrengungen anstacheln soll. Diese beruht im Kern auf der Aussage: „Sie sind eine Minderheit wie wir, aber ökonomisch besser integriert, stärker im öffentlichen Leben präsent, meistens in besseren Berufen als unsere Leute". Und aufgrund von 2000 Jahren Präsenz als älteste in Frankreich lebende Minderheit haben sie auch mehr Spuren in der Geschichtsschreibung hinterlassen.

„Opferkonkurrenz"

Bei einem kleinen Teil der Schwarzen hat sich darüber hinaus ein regelrechter neidvoller Hass gegenüber den Juden ausgebreitet, der aus einer Art Opferkonkurrenz resultiert: Ihnen wird vorgeworfen, durch das Wachhalten der Erinnerung an die Shoah zu verhindern, dass andere Menschheitsverbrechen wie die Sklaverei in gerechtem Ausmaß erinnert und wahrgenommen würden. Vielmehr würden die berechtigten Anliegen der Nachfahren der Sklavereiopfer verdrängt, da den Juden ein Monopol als Opfergruppe zukomme. Einen solchen Diskurs, der in den USA durch die zeitweise starke Strömung der Black Muslims um den berüchtigten Louis Farrakhan verbreitet wird, hat in Frankreich in den letzten Jahren vor allem der – von einem kamerunischen Vater und einer bretonischen Mutter abstammende – Theatermacher Dieudonné M'bala M'bala (bekannt unter seinem Vor- und Künstlernamen, Dieudonné) propagiert. Bisher findet er aber noch relativ wenig Anklang in Frankreich, auch unter Schwarzen, deren im vorigen Jahr neu gegründeter Zentralrat CRAN sich klar von jeglicher Form von Rassismus und Antisemitismus distanziert.

Dieudonné, der noch vor wenigen Jahren eher einen universalistischen Antirassismus vertrat und dann zu einem antisemitisch eingefärbten Hassdiskurs überging, hat sich heute in breiten Kreisen diskrediert, zumal er sich inzwischen von nationalrevolutionären Publikationen interviewen lässt. (Etwa in der dem Front National nahe stehenden Monatszeitschrift ‚Le Choc du mois', Nummer Eins der neuen Folge, Ausgabe vom Mai 2006. Dort vergleicht sich Dieudonné mit Le Pen, dessen Ideen er nicht teile, mit dem er aber gemeinsam habe, dass alle beide verfolgt würden – vom System, und unausgesprochen wohl durch die Juden.) Heute kann Dieudonné dagegen versuchen, sich durch eine wohlfeile und eher leicht fallende Distanzierung von den „Durchgeknallten" der Tribu K selbst als Moderaten darzustellen. Allerdings hat Dieudonné noch vor zwei Jahren auf die Muskelpakete der Sekte als Ordnerdiensttruppe zurückgegriffen, was den Medien auch nicht entgangen ist.

Reaktionen

Alle antirassistischen Organisationen haben das Verbot der Tribu K in den letzten Tagen begrüßt. Die sozialdemokratische Vereinigung SOS Racisme forderte darüber hinaus, nunmehr auch die weiße Neonaziorganisation Bloc identitaire zu verbieten. Die historisch eher KP-nahe Antirassismusbewegung MRAP forderte ihrerseits das zusätzliche Verbot der extremistischen „Jüdischen Verteidigungsliga", LDJ.

Die bisherigen Anführer der Tribu K haben am Vorabend des Verbots angekündigt, sie würden sich nicht einschüchtern lassen und weitermachen. In diesem Fall können sie allerdings wegen Wiedergründung einer verbotenen Organisation zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt werden.

Bernhard Schmid, Paris ■

Erste Erklärung des Internationalen Komitees zur Abschaffung der Todesstrafe

„Wir fordern ein nationales Moratorium für die Todesstrafe in den USA und die sofortige Freilassung von Mumia Abu-Jamal aus der Todeszelle!“

30 Jahre Wiedereinführung der Todesstrafe in den USA

Vor 30 Jahren, am 2. Juli 1976, wurde die Todesstrafe in den Vereinigten Staaten von Amerika wiedereingeführt. Vier Jahre lang war die Gesetzgebung der Todesstrafe zuvor außer Kraft gesetzt gewesen, weil der Oberste Gerichtshof der USA, am 29. Juni 1972, aufgrund der Klage 408 U.S. 238 (1972) des Todeskandidaten Furman gegen den Bundesstaat Georgia in einem 5-zu-4-Urteil entschieden hatte, dass diese Gesetze willkürlich und diskriminierend seien und deshalb den 8. Zusatz zur US-Verfassung verletzten, der „grausame und ungewöhnliche“ Strafen verbietet. Die Furman-Entscheidung erklärte mehr als 600 Todesurteile für nichtig. Dennoch wurde damit die Todesstrafe nicht generell abgeschafft, weil nur zwei der Obersten Richter, William Brennan und Thurgood Marshall, die Todesstrafe insgesamt ablehnten. Infolgedessen verabschiedete die Mehrheit der US-Bundesstaaten neue Gesetze, damit künftige Todesurteile nicht mehr als Verletzung der Verfassung definiert werden könnten.

Dieser vorübergehende Sieg über die Todesstrafe war der juristische Ausdruck der gesellschaftlichen Umbrüche der 1960-70er Jahre, vor allem des Aufbegehrens der afroamerikanischen Bevölkerung gegen Armut und Rassismus und ihres Kampfes für Bürger- und Menschenrechte.

Todestrakte und industrieller Gefängniskomplex

An dieser Situation hat sich seit der Wiedereinführung der Todesstrafe durch dasselbe Gericht am 2. Juli 1976 mit dem Urteil Gregg gegen Georgia, 428 U.S. 153 (1976), im Wesentlichen nichts geändert. Mit dieser Entscheidung wurde die neue Todesstrafengesetzgebung gebilligt. Heute sind die US-Todestrakte voller denn je, und nach wie vor sind Hautfarbe und Armut die vorherrschenden Kriterien bei der Frage, wer im Todestrakt oder im Gefängnis landet und wer nicht.

Seit 1975 ist die Kriminalitätsrate in den USA konstant geblieben, in einigen Bereichen sogar gesunken. Trotzdem hat sich die Inhaftierungsrate in den USA in diesem Zeitraum vervierfacht, und die Rate der verhängten Todesurteile und der vollzogenen Hinrichtungen ist enorm angestiegen. Die Todesstrafe wird auf diskriminierende Weise angewendet. Sie ist Gesetz im Bundesgefängnissystems und in 38 von 50 US-Bundesstaaten. Die Todestrakte sind überproportional mit Gefangenen belegt, die arm sind und Minderheiten angehören und die oft nur über eine unzureichende und fragwürdige Verteidigung verfügen. DNA-Tests und andere Beweismittel belegen in zunehmendem Maße, dass viele Todeskandidaten zu unrecht verurteilt wurden und bestärken damit den Verdacht, dass der Staat Menschen tötet, die nicht „schuldig im Sinne der Anklage“ sind. Viele Gefangene gingen in den Tod und beteuerten bis zum letzten Atemzug ihre Unschuld. Über 122 Todeskandidaten mussten freigelassen werden, weil DNA-Tests oder andere Beweise ihre Unschuld bestätigten – einige von ihnen erst nach vielen qualvollen Jahren, in denen sie täglich auf ihren Henker warteten.

Diese Gefangenen, die den Todestrakt überlebten, haben öffentlich ihre warnenden Stimmen erhoben: Ihr Schicksal zeigt, dass die Dunkelziffer der unschuldig hingerichteten Männer und Frauen um ein Vielfaches höher sein muss. Aber vor allem erinnern uns ihre Stimmen daran, dass „verurteilt“ noch lange nicht „schuldig“ bedeutet und Jurys Fehlurteile fällen.

Es ist kein Wunder, dass auf jeden studierenden Afroamerikaner fünf kommen, die im Gefängnis sitzen, wenn die Regierung auf nationaler und lokaler Ebene die Ausgaben für Bildung senkt und für den Bau von neuen Gefängnissen erhöht. Die am schnellsten wachsende Gefangenengruppe sind schwarze Frauen. Mehr als 70 Prozent aller Gefangenen sind Afro- und Latino-Amerikaner. Die Gefangenen werden einer Situation absoluter Entrechtung und Ausbeutung unterworfen. In 46 US-Bundesstaaten verlieren Bürger ihr Wahlrecht, wenn sie wegen eines Verbrechens verurteilt sind. In 32 Staaten erhalten Verurteilte das Wahlrecht erst nach dem Ende der Bewährungszeit zurück. In 10 Staaten verlieren Bürger, die wegen eines Verbrechens verurteilt wurden, ihr Wahlrecht sogar auf Lebenszeit. Dies hat zur Folge, dass 13 Prozent der afroamerikanischen Bürger im Wahlalter auf Dauer ihr Wahlrecht verlieren.

Der industrielle Gefängniskomplex ist inzwischen ein wesentlicher Bestandteil der US-Wirtschaft. Die Ausbeutung im industriellen Gefängniskomplex bietet dem Privatkapital lukrative Investitionsmöglichkeiten, deren niedrige Kosten nur mit Billiglohnländern der „Dritten Welt“ vergleichbar sind. Mit dem 13. Zusatzartikel zur US-Verfassung wurde die Sklaverei und Zwangsarbeit abgeschafft, „ausgenommen als Strafe für ein Verbrechen aufgrund eines rechtmäßigen Urteils“. Allein die Privatgefängnisse mit ihren über 100.000 Gefangenen erzielen einen jährlichen Umsatz von 40-50 Milliarden US-Dollar. Mit dem industriellen Gefängniskomplex ist in der US-Gesellschaft eine neue Segregation entstanden, deren Kern eine moderne Form der Sklaverei darstellt.



Verletzung der Menschenrechte, Bruch des Völkerrechts

Die Situation der über 3500 Gefangenen in den Todestrakten und der mehr als zwei Millionen Gefangenen im industriellen Komplex der Bundes-, Staats- und Privatgefängnisse ist ein Ausdruck der Zuspitzung der sozialen und politischen Widersprüche in den USA zu Lasten der Armen und Minderheiten. Sie sind zu Sündenböcken einer Nation geworden, deren Rechtsprechung von einer Lynch-Mob-Mentalität geprägt wird.

Während die US-Regierung unter dem Vorwand des „Krieges gegen den Terror“ und unter Bruch des Völkerrechts ihre Macht- und Einflusszonen und den Raub der Energieressourcen im Ausland militärisch sichern, hat im Inland eine Tochterfirma von Halliburton im Juni 2006 vom Heimatschutzministerium den Auftrag erhalten, für 385 Millionen US-Dol-

lar „provisorische Gefangenenlager“ zu errichten. Diese Lager könnten im Falle der Verhängung des Kriegsrechts im Innern dazu dienen, US-Bürger zu internieren. Eine Art Guantánamo-Lager für die „Heimat“, in denen für Gefangene weder Bürger- noch Menschenrechte gelten.

Erster Schritt: ein Moratorium

Die Todesstrafe muss abgeschafft werden! Sie ist barbarisch, inhuman und grundsätzlich unangemessen, selbst wenn Fehlurteile und Diskriminierungen ausgeschlossen werden könnten.

Als ersten Schritt fordern wir deshalb ein nationales Moratorium der Todesstrafe. Von 38 US-Bundesstaaten, in denen die Todesstrafe Gesetz ist, haben 12 ihre Anwendung durch ein Moratorium ausgesetzt. Von weiteren wird dies erwogen.

Als Indikator für die Dringlichkeit der Forderung nach einem Moratorium mag gelten, dass der Oberste Gerichtshof in seinem jüngsten Urteil einem Gefangenen in Florida das Recht zugesprochen hat, die Hinrichtungsmethode mit der Giftspritze durch eine Klage wegen Verletzung seiner Bürgerrechte anzugreifen. Streitgegenstand ist der Vorwurf, die Hinrichtung mit der Giftspritze verursache „unnötige Schmerzen“. Mehrere US-Bundesstaaten mussten deshalb wegen der qualvollen Methode, mit der der Staat seine Opfer tötet, Hinrichtungen aussetzen.

In Europa haben die Erfahrungen mit dem Staatsterror während des deutschen Faschismus dazu geführt, dass nach dem Zweiten Weltkrieg mehr und mehr Staaten die Abschaffung der Todesstrafe zum Verfassungsgrundsatz erhoben haben. Auch die USA können durch den massiven Druck einer nationalen und internationalen Basisbewegung dazu gezwungen werden, diesen Schritt endlich zu vollziehen.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Der Journalist und Autor Mumia Abu-Jamal aus Philadelphia, dem ein faires Verfahren verweigert wurde, ist einer der Gefangenen, die unschuldig in der Todeszelle sitzen. Wenn ihm endlich ein neues und faires Verfahren mit einer hochkarätigen Verteidigung garantiert würde, wie es eine internationale Kampagne seit mehr als zwei Jahrzehnten fordert, dann wäre das Ergebnis sicher ein völlig anderes. In den 25 Jahren seiner Haft hat er nicht nur einen mutigen Kampf für ein neues Verfahren, sondern generell gegen die Todesstrafe geführt. Mit seinen Schriften und Hörfunkbeiträgen gegen die Todesstrafe, gegen Unrecht, Rassismus und Krieg ist Mumia Abu-Jamal zu einem anerkannten Autor und Sprecher all jener geworden, die sich diesen Überbleibseln der Barbarei widersetzen. Wie kein zweiter hat Mumia Abu-Jamal dem Kampf gegen die Todesstrafe ein Gesicht gegeben. Er ist zu einem wichtigen Symbol dieses Kampfes geworden und darf deshalb nicht jenen Kräften ausgeliefert bleiben, die seine Hinrichtung in einen Sieg über alle Gegner der Todesstrafe verwandeln wollen. Wir stehen deshalb fest an seiner Seite und fordern mit ihm ein neues und faires Verfahren und seine sofortige Freilassung aus dem Todestrakt.

Wir fordern alle Basisbewegungen, demokratischen Kräfte und Verteidiger der Menschenrechte und des Völkerrechts weltweit dazu auf, diese Forderungen unüberhörbar öffentlich zu erheben:

Abschaffung der Todesstrafe in den USA und weltweit!

Sofortige Freilassung von Mumia Abu-Jamal und Garantien für ein neues faires Verfahren!

2. Juli 2006

USA:
Prof. Angela Y. Davis, Santa Cruz / Robert R. Bryan, Rechtsanwalt, San Francisco / Charlene Mitchell, Stellv. Vorsitzende Committees of Correspondence for Democracy & Socialism /

Frankreich:
Henri Alleg, Journaliste-Autor, Palaiseau / Gilberte Salem, Übersetzerin, Palaiseau /

Deutschland:
Detlef Baade, Betriebsrat; Rolf Becker, ver.di Hauptvorst. HH; Prof. Dr. Lothar Bisky, Parteivors. Linkspartei.PDS, MdB; Dr. Oliver Brüchert, Soziologe; Peter O. Chotjewitz, Autor; Sevim Dagdelen, MdB; Dr. Diether Dehm, MdB; Prof. Wolfram Elsner, Ökonom; Christiane Ensslin, Redakteurin; Prof. Dr. Johannes Feest, Strafvollzugsarchiv Uni HB; Claus Förster, Rechtsanwalt; Christian Geissler, Autor; Peter Gingold, Bundessprecher der VVN-BdA, Vize-Vors. d. Auschwitzkomitees; Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt, Präsident Internat. Liga f. Menschenrechte; Victor Grossman, Journalist; Lühr Henken, Bundesausschuß Friedensratschlag; Ulla Jelpke, MdB, Innenp. Sprecherin Die Linke; Walter Kaufmann, Autor; Sabine Klein-Schonnefeld, Soziologin/Juristin; Sabine Kruse, Erich-Mühsam-Gesellschaft; Oskar Lafontaine, MdB, Fraktionsvorsitzender d. Linkspartei; Felicia Langer, Rechtsanwältin; Herbert Leuninger, Pfarrer, Mitbegr. PRO ASYL; Willi van Ooyen, Vors. d. Friedens- und Zukunftswerkstatt; Ulf Panzer, Richter, IALANA; Norman Paech, Völkerrechtler, MdB; Sabine Peters, Autorin; Erhard Pumm, DGB-Vorsitzender HH; Prof. Dr. Werner Ruf; Horst Schäfer, Journalist; Horst Schmitthenner, Beauftragter d. Vorstandes d. IG Metall; Dr. Heinz Jürgen Schneider, Rechtsanwalt; Wilfried F. Schoeller, Generalsekretär d. P.E.N.-Zentrums Deutschland; Prof. Dr. Herbert Schui, MdB; Eckart Spoo, Journalist; Dr. Martin Stankowski, Journalist; Johano Strasser, Präsident des P.E.N.-Zentr. Deutschl.; Dr. Peter Strutynski, Bundesausschuß Friedensratschlag; Reinhard Thiele, Cuba Sí-AG der Linkspartei.PDS; Mag Wompel/Ralf Pandorf, Redaktion LabourNet.

Kontakt:
Internationales Komitee zur Abschaffung der Todesstrafe c/o IVK Bremen, P.O.Box 150530, D-28095 Bremen, Fon/Fax: (421) 354029, Mobil/cell: 0174-972 99 29 eMail: info@freedom-now.de
oder:
Website: www.freedom-now.de

Die Verteidigung braucht dringend Spenden. Spenden bitte an:

Archiv 92/Sonderkonto Jamal
S.E.B. Bank Bremen
Konto-Nr. 100 8738 701
(BLZ 290 101 11)
(Überweisungen aus EU-Ländern:
IBAN DE78 2901 0111 1008 7387 01
- BIC: ESSEDDE5F290)



FPÖ-Gemeinderat gegen „Terrorstaat"

Wien. Der tragische Tod eines österreichischen UN-Soldaten im Libanon ließ Dietmar Gerhartl, FPÖ-Gemeinderat in Neunkirchen/NÖ, zu einem antisemitischen Rundumschlag ausholen. Gerhartl schreibt, er sei es schon „lange [...] leid, dem Unrecht in Palästina taten- und kommentarlos zusehen zu müssen". Als Freiheitlicher werde „man ja leicht Opfer der Nazi-Keule [also bei jeder Kritik am Handeln Israels als Nazi beschimpft]". Aber, nachdem der „Terrorstaat Israel nun auch einen Österreicher feig ermordet hat" und die „Massenmörder mit dem Judenstern [...] wie immer ungestraft [bleiben]", hat Gerhartl keine Angst mehr vor der „Nazi-Keule". Zumal ja die eigentlichen Nazis in Israel sitzen würden: „Es heißt ‚Der Tod ist ein Meister aus Deutschland'. Israel war jedenfalls sein Vorzugsschüler." Ebenfalls nicht fehlen darf der zustimmende Hinweis auf den „Oberrabbiner der ultraorthodoxen Juden", Moishe A. Friedman, der auch in unmittelbarem Kontakt Rechtsextreme und Islamisten schon lange in ihrem Hass auf den Staat Israel bestärkt. In einem weiteren Leserbrief verkündet Gerhartl, dass er „von nun an [...] keine israelischen Waren" mehr kaufen werde.

Derartige Töne sind offenbar voll und ganz nach dem Geschmack der Palästinensischen Gemeinde in Österreich, die Gerhartls Tiraden auf ihrer Homepage veröffentlichte. *www.doew.at* ■

Rechtsextreme Heiden

Österreich. Seit Herbst 2005 ist in Österreich eine Gruppe namens „Runar - Gemeinschaft des alten Pfades" aktiv. Dieser Verein wurde laut Eigenaussagen gegründet, um „das ‘alte’ heidnische Denken, Leben, Denken [sic!] und Fühlen unserer germanischen Ahnen wieder zu beleben". Wie sehr dieses „Denken" vom rechtsextremen Gedankengut beeinflusst wird, zeigt z. B. der auf der Homepage dieser Gruppe veröffentlichte Artikel „Die heidnisch-germanische Lebensart in der heutigen Zeit". Der Gründer dieses Vereins mit Sitz in Dornbirn, Marco Maier, schreibt darin, dass unser Zeitalter vom „judäochristlichen Gedankengut" geprägt werde. Die „christliche[r] Infiltration des germanischen Volksgeistes" und die daraus entstandene „geistige Verformung" habe seiner Meinung nach dazu geführt, dass „wir Millionen von fremdstämmigen Menschen in unsere Mitte aufgenommen haben, welche unser volkliches Sein durch ihre Anwesenheit und die dadurch entstehenden Vermischungstendenzen gefährden – wenn nicht sogar zerstören". Diesem „unheilvollen Weg" gelte es „Einhalt zu gebieten". Als heidnischer Germane ist man laut dem Gründer der Runar-Gemeinschaft nicht dem „falschen Wertekodex von Fremdreligionen und Fremdvölkern unterworfen". Gegen das Gleichheitspostulat betont Maier, dass der „Bodensatz der Gesellschaft" es nicht verdient habe, „oben zu stehen". Dennoch habe „jeder Stand der Volksgemeinschaft" seine eigene Berechtigung, da „keiner der Stände ohne den anderen überleben könnte".

Auf der Linkseite der Runar-Homepage finden sich Verweise zu rechtsextremen und sogar neonazistischen Gruppierungen, u.a. zur Artgemeinschaft und zur Gemeinschaft deutscher Frauen (GdF). Wie gut die Verbindungen zu diesem Spektrum sind, zeigt sich auch auf der Homepage der im Juni dieses Jahres gegründeten Runar-Gemeinschaft in Baden-Württemberg, einer Landesstelle der österreichischen Runar-Gruppe. Auf ihrer Linkseite ist ebenfalls eine große Anzahl von einschlägigen (auch neonazistischen) Organisationen zu finden.

www.doew.at ■

Russisches Sozialforum packt heiße Eisen – wie den Rechtsextremismus an

St. Petersburg. Während auf dem offiziellen G8-Gipfel in St. Petersburg sich die „Großen" der Welt ihren imperialen Gelüsten hingaben und Probleme diplomatisch zu umschiffen versuchten – und das vor dem Hintergrund der Libanon-Krise! –, packte das parallel dazu tagende 2. Russische Sozialforum ein heißes Thema nach dem anderen an.

Bush & Co. wichen „elegant" dem Tschetschenien-Konflikt aus bzw. signalisierten direkte Unterstützung für Putins harten Kurs der Unterdrückung der Rechte der TschetschenInnen.

Demgegenüber gab es auf dem Sozialforum eine spannende Veranstaltung, auf der minutiös die Repression der Putin-Administration aufgelistet und beschlossen wurde, die Solidarität mit dem tschetschenischen Volk zu intensivieren.

Als Resultat der neoliberalen Abbaumaßnahmen ist die soziale Lage des Großteils der russischen Bevölkerung trist. Das Schicksal von RentnerInnen, die sich mit 2000 Rubel (für 1 Euro bekommt man/frau rund 34 Rubel) durchschlagen müssen, ist schon mehrmals geschildert worden. Weniger bekannt ist, dass es auch einem Gutteil der „NormalverdienerInnen" dreckig geht und dass der russische Staat viel Energie darauf verwendet, durch weitere Einschränkung der Gewerkschaftsrechte diesen Zustand zu zementieren. Die „offiziellen" Gewerkschaften (meist die früher von der KPdSU gelenkten Zentralen) stehen dieser Entwicklung hilflos gegenüber oder tragen die sozialen Einschnitte sogar mit. In einer Arbeitsgruppe des Sozialforums – an der auch eine Delegation der französischen Linksgewerkschaft „sud" teilnahm – wurde Licht auf die Lage in den Betrieben geworfen und die Tätigkeit der „unabhängigen" Gewerkschaften behandelt. Obwohl sich die „Unabhängigen" quantitativ nicht mit den „Offiziellen" messen können, handelt es sich bei ihnen um keine Schmalspurorganisationen: Die „unabhängige" Gewerkschaft der MinenarbeiterInnen etwa verfügt über 150 000 Mitglieder.

Der dramatische Sozialbbau, die Gängelung demokratischer Rechte verschafft xenophoben, rechtsextremen und neofaschistischen Gruppierungen und ihrer Jagd nach Sündenböcken für die Misere eine regelrechte Konjunktur. Dabei sind nicht nur die Neonazi-Organisationen und Skinheads im Auge zu behalten – Kenner der Lage geben die Mitgliedszahlen der offen faschistischen Organisationen für ganz Russland mit 3000 - 4000 an. Generell ist eine Tendenz in der russischen Gesellschaft zu registrieren, Fremdenfeindlichkeit und rechts-rechtes Gedankengut hoffähiger zu machen. Besonders problematisch ist, dass auch einige linke Organisationen gelegentlich nicht davor zurückschrecken, mit profaschistischen Kräften im Namen einer dubiosen „Einheit gegen die Regierung" zu kooperieren und durch diesen Tabubruch den Rechtsextremisten legale Auftrittsmöglichkeiten verschaffen.

Ein Seminar des Sozialforums setzte sich eingehend mit all diesen Fragen auseinander. In einer abschließenden Resolution wurde festgehalten, dass „Kritik von Fremdenfeindlichkeit und Aufzeigen der damit verbundenen antidemokratischen Entwicklungen" einer der Schwerpunkte der künftigen Tätigkeit des Sozialforums zu sein hat.

Scharf wird der Kooperation mit Rechtsextremisten eine Abfuhr erteilt und demgegenüber die Notwendigkeit unterstrichen, im Kampf gegen sie auch „international zu kooperieren".

Hermann Dworczak,
St. Petersburg ■

Flüchtlingsrat protestiert gegen die rigorose Abschiebung auch von traumatisierten Flüchtlingen

STUTTGART. Seit langem schon beklagen verschiedene Menschenrechtsorganisationen die rigorose Abschiebepolitik des Landes Baden-Württemberg. Jetzt schlägt das Menschenrechts-Zentrum Karlsruhe Alarm: Wiederholt werden derzeit kranke und traumatisierte Menschen auch nach zehn- oder bereits 15-jährigem Aufenthalt in Deutschland zur Ausreise aufgefordert mit dem pauschalen Hinweis, die Krankheit könne auch im Herkunftsland behandelt werden.

So werde eine seit 15 Jahren hier lebende Angehörige der Roma, die an einer erheblichen psychischen Belastung und einer beidseitigen Cystenniere leidet, zur Ausreise aufgefordert. Ohne regelmäßige fachärztliche Überwachung und Therapie werde die 50-Jährige vermutlich an den Folgen der fortschreitenden Niereninsuffizienz versterben. In ihrem ehemaligen Dorf lebt niemand mehr, der sich um sie kümmern könnte. In einem anderen Fall wird eine ebenfalls schwer nierenkranke Mutter von zwei Kindern einer Romafamilie aus Jugoslawien ebenfalls zur Ausreise aufgefordert. Ihre Kinder sind sehr gut in die Schule integriert. Der Junge spielt in einer Fußballmannschaft und wird in Kürze die Schule mit der mittleren Reife abschließen. In einem weiteren Fall wird eine schwer kranke türkisch-kurdische Mutter von vier Kindern zur Ausreise aufgefordert. Sie hat vor etwa zwei Jahren ein Aufenthaltsrecht wegen ihrer psychischen Erkrankung erhalten. Ihr Ehemann und Vater ihrer Kinder starb vor wenigen Wochen an einem bösartigen Lungentumor. Nun haben ihr die Behörden das Aufenthaltsrecht entzogen, mit der Begründung, dass sie noch keine Arbeit gefunden habe. Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen.

Diese Menschen werden schwer krank, in einer besonderen Notlage, ohne Rücksicht auf die weitere Entwicklung ihrer Kinder, die hier geboren oder aufgewachsen sind, zur Ausreise aufgefordert. Auch so ist es eine besondere Härte, nach vielen Jahren in das Herkunftsland abgeschoben zu werden, zu dem es keine familiären Anbindungen, keinen Wohnraum und keine Existenzgrundlage für die betreffenden Menschen gibt. Um so gravierender ist dies für psychisch oder somatisch schwer erkrankte Flüchtlinge. Für sie wird eine Abschiebung in ein Land ohne existenzielle Grundlagen unter Umständen zum Todesurteil, wenn sie sich lebensnotwendige Medikamente oder Behandlungen nicht leisten können.

„Was nützen alle angewandten Methoden zur psychischen Stabilisierung, was nützen erarbeitete Verhaltenstechniken, wenn eine oft jahrelange Therapie durch eine drohende Abschiebung von einer Sekunde zur anderen zunichte gemacht wird!“, so Dr. Uta Klee vom Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten: „Seit meinem mehr als zehn Jahre andauernden ärztlichen Engagement für psychisch belastete Flüchtlinge war ich noch nie in einer derartig aussichtslosen Situation wie heute.“

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, das Menschenrechts-Zentrum Karlsruhe und die beteiligten Organisationen fordern das Regierungspräsidium Karlsruhe und die Landesregierung auf, diese Menschen verachtende Politik einzustellen. Gerade erst hat der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble von der Möglichkeit der Realisierung einer Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete in einem Interview gesprochen. Bei der Ausgestaltung dürfen Kranke und Traumatisierte nicht vergessen werden! Wie andere Bundesländer sollte auch Baden-Württemberg diese Menschen schützen, damit sie nicht jetzt im Sommer abgeschoben werden, bevor sie im Herbst von solch einer Regelung profitieren könnten.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ■

Erneut Massenabschiebungen nach Afghanistan angekündigt

HAMBURG. Hamburg schiebt schon lange nach Afghanistan ab, bisher wurden Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sowie ihre Angehörigen noch verschont, doch das soll sich jetzt ändern: Demnächst sollen auch Familien mit Kindern zurückgeschickt werden in das Krisengebiet am Hindukusch, wo deutsche Soldaten immer noch tapfer ihr Heimatland verteidigen.

In Hamburg, der größten afghanischen Gemeinde Europas, lebten 2003 laut Behördenstatistik etwa 18.000 Afghaninnen und Afghanen. Mehreren Tausend von ihnen wurde schon damals die Zwangsverbringung in ihr zerbombtes, vermintes und uran-verseuchtes Herkunftsland angedroht – und dies zum Teil auch umgesetzt. Obwohl die Innenministerkonferenz (IMK) eine endgültige Entscheidung über Abschiebungen nach Afghanistan auf Grund der instabilen Sicherheitslage im Land immer wieder vertagte, leitete Hamburgs Innensenator Udo Nagel (parteilos) den schon 2003 von seinem Vorgänger Dirk Nockemann (Schill-Partei) angekündigten hanseatischen Alleingang in die Wege. Zunächst wurden so genannte – oder auch tatsächliche Straftäter umstandslos ausgewiesen, ab Mai 2005 allein stehende Männer zwischen 16 und 80 Jahren, Väter, Frauen und Kinder bekamen vorerst eine Galgenfrist, die für alle Personen über 16 Jahren ohne Kinder jedoch schon lange abgelaufen ist. Nun sind auch die Familien mit Kindern dran - also alle. Der Hamburger Senat habe mit der Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan ein weiteres Mal bewiesen, dass die Stadt bereit und willens sei, Menschen in Not zu helfen, heißt es in einer Pressemitteilung der Hamburger Innenbehörde. „Hierzu haben wir jedes Mal ganz erhebliche Leistungen aus dem öffentlichen Haushalt erbracht. Diese Hilfe soll auch in Zukunft geleistet werden, wozu die Stadt aber nur dann in der Lage sein wird, wenn die auf Zeit aufgenommenen Menschen auch wieder in ihre Heimatländer zurückkehren“, wird Nagel darin zitiert. Deshalb werde die Hansestadt sofort damit beginnen, den Familien die freiwillige Rückkehr durch finanzielle Anreize schmackhaft zu machen, oder „sie notfalls auch gegen ihren Willen zurückzuführen“.

„Gut viereinhalb Jahre nach Beendigung des Bürgerkrieges“ in Afghanistan, hält Nagel diesen Schritt für angemessen. Bürgerkrieg? Beendigung? In die militärischen Auseinandersetzungen sind einerseits die Taliban und Warlords, andererseits die US-Besatzungstruppen, die im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ kämpfen, sowie zunehmend auch die International Security Assistance Force (ISAF) verwickelt. Und die Kämpfe sind mitnichten beendet, sondern dehnen sich immer mehr aus, so dass die Lage für die Zivilbevölkerung immer schwieriger wird.

Gegen die Massenabschiebungen nach Afghanistan regt sich deshalb seit Jahren breiter Widerstand. Eigentlich sind alle dagegen: die Betroffenen, Flüchtlingsorganisationen, Menschenrechtsgruppen, die Kirche, die Opposition in der Hamburger Bürgerschaft. Selbst die Karsai-Regierung sieht dem nicht eben hoffnungsfroh entgegen.

Als „große Katastrophe nicht nur für Afghanistan, sondern für die gesamte Menschheit“ bezeichnete beispielsweise die stellvertretende Frauenministerin Soraya Rahim auf einer Veranstaltung des Flüchtlingsrats Hamburg im November 2003 die geplanten Massenabschiebungen. Das Land könne auf keinen Fall noch mehr Menschen gebrauchen, denen eine Existenz in bitterer Armut und bar jeder Perspektive – noch dazu an einem nicht selbst gewählten Ort – aufgezwungen würde, so Rahim. Im Sommer 2005 schaltete sich auch der afghanische Minister für Flüchtlingsfragen ein, er be-

weiter Seite 14

Auf dem Europäischen Sozialforum, zu dem sich vom 4.-7.5.06 ca. 15.000 Menschen in Athen versammelten und das zum ersten Mal Migration als einen Schwerpunkt behandelte, wurde ein Aufruf für einen transnationalen Aktionstag am 7.10.06 in Europa und Afrika beschlossen, anknüpfend an eine Erklärung des polyzentrischen Weltsozialforums im Januar in Bamako. Wir dokumentieren im Folgenden den Aufruf.

Aufruf zum dritten MigrationsAktionsTag am 7. Oktober 2006 in ganz Europa und darüber hinaus ...

Im Namen der Bekämpfung ‚illegaler' Einwanderung setzen Regierungen repressive Verfahren ein und weiten die Grenzen wohlhabender Nationen durch Internierungslager, Vertreibungen, Abschiebungen und Selektion von Arbeitskräften aus." (aus dem Aufruf von Bamako/Mali zu Migration beim polyzentrischen Weltsozialforum, Januar 2006)

Das europäische Migrationsregime macht aus MigrantInnen „Illegale". Eine der wesentlichen Maßnahmen der EU-Behörden gegen Wanderungsbewegungen und Kämpfe von MigrantInnen ist zur Zeit die Errichtung von Lagern und anderen, der Kontrolle von Migration dienenden, Einrichtungen und Maßnahmen außerhalb Europas in afrikanischen und osteuropäischen Ländern („Externalisierung").

Als im Oktober letzten Jahres Tausende von MigrantInnen und Flüchtlingen gemeinsam die Grenzzäune der spanischen Enklaven in Ceuta und Mellila stürmten, gelangten die entscheidenden Forderungen nach Bewegungsfreiheit und gleichen Rechten unmissverständlich an die Öffentlichkeit wenigstens für kurze Zeit. Die unmenschlichen, barbarischen Reaktionen, die tödlichen Schüsse und Massendeportationen in die Wüste spiegelten die Eskalation des Konfliktes und die Krise des europäischen Migrationsregimes wider.

Doch existiert auch ein fortlaufender Prozess der Unterminierung des Migrationsregimes – nicht nur von „außerhalb" der Grenzen, sondern auch von innerhalb. In ganz Europa finden fast täglich soziale und politische Kämpfe statt, Proteste und Kampagnen gegen Lager und Abschiebungen, für das Recht auf Asyl für Frauen und Männer, für Legalisierung, für europäische Bürgerrechte, die auf Wohnort und nicht auf Nationalität basieren, und gegen die Ausbeutung migrantischer ArbeiterInnen. Diese Kämpfe gehen weit über ein eng gefasstes Verständnis von europäischer Identität hinaus.

Unser neuer gemeinsamer Aufruf zu einem Aktionstag schließt sich an die Mobilisierungen vom 31. Januar 2004 und 2. April 2005 an, den ersten und zweiten MigrationsAktionsTag, den wir in über fünfzig Städten Europas abhielten. Beim Europäischen Sozialforum in Athen im Mai 2006 wurde Migration zum ersten Mal mit einem eigenen thematischen Schwerpunkt behandelt. Ein wachsendes Netzwerk von Initiativen, die sich mit Migration beschäftigen, beschloss bei der Abschlussversammlung, einen weiteren Schritt zu machen und Aktionen rund um den 7. Oktober zu koordinieren.

Unter Berücksichtigung spezifischer regionaler und nationaler Bedingungen und der Umstände, unter denen verschiedene Kämpfe stattfinden, zielt unser Aktionstag auf Widerstand auf europäischen bis hin zu transkontinentalen Ebenen. Unsere Mobilisierung ist der erste Schritt auf dem Weg zu europaweiten zentralen Aktivitäten, um die Idee einer gemeinsamen Demonstration 2007 zu entwickeln, die entweder in Brüssel oder einem anderen Ort des öffentlichen Interesses stattfinden soll. Unser Ziel ist es, Europa als Ganzes anzusprechen, nicht nur die Regierungen der Länder.

Hinzu kommt, dass das gewählte Datum im Oktober eine Erinnerung an die Ereignisse in Ceuta und Mellila 2005 darstellt. Wir werden besondere Anstrengungen unternehmen, um eine Zusammenarbeit mit Initiativen in Afrika aufzubauen. Ein Aktionstag im Oktober, der gleichzeitig in europäischen und afrikanischen Städten stattfindet, wird uns helfen, beim nächsten Weltsozialforum in Nairobi/ Kenia im Januar 2007 einen Themenblock „Migration" voranzubringen.

Dies entspricht dem Aufruf von Bamako, aus dem wir bereits zitiert haben: „Für den Zeitraum zwischen dem Forum von Bamako und dem von Nairobi schlagen wir eine einjährige internationale Mobilisierung zur Verteidigung des Rechtes aller Menschen darauf, sich frei in der Welt bewegen zu können und ihr Schicksal selbst zu bestimmen, vor.

Schließlich rufen wir zu einem internationalen Mobilisierungstag auf, der an Orten stattfinden könnte, die Grenzen darstellen oder Symbole für Grenzen sind (Flughäfen, Lagern, Botschaften etc)".

Vor allem sind wir entschlossen, die globale Dimension heutiger migrantischer Kämpfe zu betonen. Daher haben wir vor, unseren Aktionstag mit den in der nächsten Zeit stattfindenen Initiativen und andauernden Massenmobilisierungen der amerikanischen MigrantInnenbewegungen zu vernetzen.



Westafrikanische Flüchtlinge, gestrandet am Strand von Teneriffa. Seit Jahresbeginn sind bereits über 13000 Menschen auf die Kanaren geflüchtet, viele überleben die gefährliche Überfahrt nicht.

Der dritte Aktionstag wird sich gegen die Aberkennung von Rechten, gegen die Kriminalisierung von MigrantInnen und gegen alle Einwanderungskontrollen richten, und klare Forderungen im Kontext von Bewegungsfreiheit und Bleiberecht stellen:

- **Für eine bedingungslose europäische Legalisierung und gleiche Rechte für alle MigrantInnen**
- **Für die Schließung aller Internierungslager in Europa und überall**
- **Für ein Ende aller Abschiebungen und des Externalisierungsprozesses**
- **Für eine Entkopplung der Aufenthaltserlaubnis von einem Arbeitsvertrag und gegen „Prekarität"**

zeichnete Nagels Vorhaben als „zu diesem Zeitpunkt kontraproduktiv“. Doch der Hamburger Innensenator blieb bisher hart – und der hat letztendlich die Entscheidungsgewalt.

Birgit Gärtner ■

Ein Herz für Eliten

BERLIN. Derzeit ist wieder einer Debatte in Gang gekommen, wie mehr ausländische Spitzenkräfte, Hochqualifizierte und Existenzgründer nach Deutschland geholt werden können. Allgemein werden die gesetzlichen Anforderungen an den Erwerb einer Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis als zu hoch angesehen. Dazu erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

Eigentlich nichts Neues. Zuwandern darf, wer dem Standort Deutschland nützt. So soll für Hochqualifizierte die Einwanderung erleichtert werden. Auch wer Arbeitsplätze schafft, soll nicht mehr unrealistisch hohe Hürden überwinden müssen.

Zynisch wird es allerdings, wenn gleichzeitig die Hürden für Flüchtlinge immer weiter erhöht werden. Unter tätiger deutscher Mithilfe wird das System der Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer weiter perfektioniert. Der Tod von hunderten Flüchtlingen, die auf immer waghalsigere Routen gezwungen werden, wird in Kauf genommen.

Besonders krass zeigt sich die Sortierung in nützliche Top-Fachkräfte, die kommen dürfen, und den Unnützen, die draußenbleiben sollen, derzeit am Beispiel der Flüchtlinge aus dem Libanon. Unisono haben die Innenpolitiker der großen Koalition es abgelehnt, libanesische Flüchtlinge aufzunehmen. Dass Bundesinnenminister Schäuble nach Pressemeldungen einen Abschiebestopp für hier lebende Libanesen verhängt hat, ist Heuchelei: sie können faktisch ohnehin nicht abgeschoben werden.

Nicht nur die Regeln für die allgemeine Zuwanderung, auch das Asyl- und Flüchtlingsrecht müssen neu gestaltet werden.

Ulla Jelpke, Fr., 4.8.2006: www.ulla-jelpke.de ■

Flüchtlingsrat Hamburg fordert Aufnahme libanesischer Flüchtlinge

HAMBURG. Im Libanon herrscht Krieg. Seit Tagen fordern israelische Bombenangriffe auf Städte im ganzen Land bis dato über Hundert Tote und Tausende Verletzte. Im ganzen Land werden systematisch militärische, aber auch zivile Infrastruktur, Straßen, Brücken, Landebahnen, Sende- und Energieanlagen bombardiert. Gleichzeitig fordern Raketenangriffe der schiitischen Hizbollah auf nordisraelische Städte Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung.

Ins Fadenkreuz der israelischen Bombardements sind offenbar vollends Wohnviertel in Beirut geraten, aber auch Kleinstädte und Dörfer im Süden des Libanon liegen unter Artilleriebeschuss. Nach israelischen Angaben zielen die Angriffe auf Einrichtungen der Hizbollah. Tatsächlich fordern sie jedoch in erster Linie nicht nur Opfer unter der schiitischen Zivilbevölkerung sondern zunehmend auch in christlichen und drusischen Siedlungsgebieten.

Während die europäischen Regierungen und die USA ihre Staatsangehörigen zu Lande, zu Wasser und zu Luft aus dem Libanon evakuieren, bleiben zig-Tausende vor dem Bombenterror fliehende Menschen im Libanon weitgehend auf sich allein gestellt. Der libanesische Staat ist vollkommen paralysiert und internationale Hilfsorganisationen sind selbst von der Gewalt betroffen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Flüchtlingsrat den Hamburger Innensenator Udo Nagel auf, einen umgehenden Abschiebestopp für Personen aus dem Libanon zu erlassen. Die Innenminister von Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz haben in den letzten Tagen bereits reagiert und Abschiebestopps erlassen. Hamburgs Innensenator sollte es ihnen gleich tun!

Gleichzeitig appelliert der Flüchtlingsrat an die Hamburger Landesregierung, vom Bund die umgehende und großzügige Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Libanon einzufordern. Die Großzügigkeit, die Deutschland noch vor wenigen Jahren für die Täter im libanesisch-israelischen Konflikt hat walten lassen, sollte mindestens ebenso für die aktuellen Opfer des Krieges gelten! Das fordert der Flüchtlingsrat Hamburg mit Blick auf die Aufnahme libanesischer Flüchtlinge durch Deutschland im Jahr 2000. Dass eine Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Libanon bei akutem Bedarf ggf. unkompliziert möglich ist, hatte die Bundesregierung nämlich im Jahr 2000 bewiesen. Deutschland nahm 400 Angehörigen der Südlibanesischen Armee (SLA) auf. Die SLA Kämpfer mussten seinerzeit aus dem Libanon fliehen, nachdem Israel sich nach fast zwei Jahrzehnten aus dem besetzten Süd-Libanon zurückzog. Die SLA hatte zuvor eng mit den Besatzern kollaboriert und sich dabei zahlreicher brutaler Verbrechen gegen die libanesische und im Libanon lebende palästinensische Zivilbevölkerung schuldig gemacht. (…)

Flüchtlingsrat Hamburg, 20.7. ■

Flüchtlinge dürfen nicht interniert werden!

BERLIN. Mehr Patrouillen, mehr Gefängnisse und mehr Überwachungstechnik sind nicht die richtige Antwort auf das Flüchtlingsproblem. Doch leider fällt den Innenministern der Europäischen Union immer nur ein, Polizei und Militär einzusetzen.

Auf ihrem gestrigen Treffen haben die Minister nicht darüber gesprochen, wie sie Flüchtlingen aus Afrika wirksam helfen und die Kanarischen Inseln sowie Malta entlasten können. Stattdessen haben sie beschlossen, Überwachungsboote vor der afrikanischen Küste kreuzen zu lassen.Die Minister haben auch nicht darüber diskutiert, wie sie die Zehntausende von Flüchtlingen aus dem Libanon menschenwürdig versorgen können. Bis jetzt sind schon 40.000 vor dem Krieg geflohen, und die Zahlen steigen rasant an. Zypern alleine ist überfordert, da helfen auch die vagen Zusagen einiger EU-Staaten über finanzielle Hilfen nichts. Wer die zyprische Regierung indirekt auffordert, die Flüchtlinge zu internieren, handelt inhuman. Für Beispiel gebend halte ich die Bereitschaft des Landes Berlin, Flüchtlinge aus dem Libanon aufzunehmen. Andere Bundesländer sollten sich dem anschließen.

Die Bundesregierung gehört bei der Abwehr von Flüchtlingen zu den Scharfmachern. Sie hat zugesagt, die Bundespolizei bei der Schnellen Eingreiftruppe der EU-Grenzschutzbehörde Frontex einzusetzen. Auch der Evaluierungsbericht zum Zuwanderungsgesetz drückt die ablehnende Haltung der Bundesregierung gegenüber Migrantinnen und Migranten aus: Die Vorschläge drehen sich ganz überwiegend darum, wie Zuwanderer noch mehr überwacht, ausgegrenzt und reglementiert werden können.

Das Mindeste, was jetzt getan werden muss, ist: Grenzen auf für Flüchtlinge aus dem Libanon! Und Bleiberecht für die langjährig Geduldeten in Deutschland!

Ulla Jelpke, www.ulla-jelpke.de ■

Grundrechte für Migrantinnen und Migranten dürfen nicht unter den Tisch fallen!

BERLIN. Zum Evaluierungsbericht der Bundesregierung zum Zuwanderungsgesetz erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke: Der Bundesinnenminister hat keine einzige Forderung von Migrantenverbänden, Kirchen und Flüchtlingsorganisationen aufgegriffen.

Anstatt die Situation von Migrantinnen und Migranten zu verbessern, will Minister Schäuble deren Rechte weiter beschneiden.

Dass künftig die Ausländerbehörden ermächtigt sein sollen, Menschen in Abschiebehaft zu stecken, ohne ein Gericht einzuschalten, ist einfach nur rechtsstaatswidrig. Hier werden Migranten als Menschen zweiter Klasse behandelt.

Vor Abschiebungen soll es keine Ankündigungspflicht mehr geben. Das läuft darauf hinaus, Nacht-und-Nebel-Abschiebungen zum Regelfall zu machen. Auch hier wäre der Rechtsweg praktisch verbaut.

Kinder unter 14 Jahren sollen generell verdächtigt werden, ihr „wahres“ Alter zu verbergen, und Ärzten im Dienste der Ausländerbehörden zum Körpervermessen zugeführt werden. Auch hier drohen Grundrechte komplett unter den Tisch zu fallen.

Angeblichen „Scheinvätern“ wird der Kampf angesagt. Justizministerin Brigitte Zypries hat offenbar bereits einen Gesetzesentwurf in der Schublade. Allein erziehende Migrantinnen werden unter Generalverdacht gestellt, obwohl bislang noch niemand nachgewiesen hat, dass es tatsächlich einen „erheblichen Missbrauch“ gibt.

Auf eine Selektion von Migranten nach ihrem Bildungsgrad läuft es hinaus, wenn nicht mehr der Besuch, sondern der erfolgreiche Abschluss eines Integrations- und Sprachkurses verlangt wird. Wer den Abschlusstest nicht besteht, hat Pech – und verliert nach dem Willen der tonangebenden CDU-Politiker sämtliche Unterstützungsansprüche oder fliegt gleich ganz raus.

Im Zweifel für Bestrafung, Kontrolle und Abschiebung, so lautet der Grundsatz dieses migrationsfeindlichen Papiers. Sämtliche Ankündigungen einer wohlwollenden Integrationspolitik werden hier offen zur Makulatur.

Ulla Jelpke, www.ulla-jelpke.de ■

PRO ASYL wird 20 Jahre

FRANKFURT. Am Samstag, den 9. September 2006 findet um 20.00 Uhr die Festveranstaltung zu 20 Jahren PRO ASYL mit der erstmaligen Verleihung des Preises der Stiftung PRO ASYL statt. Am 29. und 30. September 2006 wird in der Brotfabrik in Frankfurt/Main gefeiert.



Das Programm besteht aus spannenden Theater-, Film- und Buchpräsentationen, die sich mit der Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen befassen. Der Abend des zweiten Tages endet mit einem Livekonzert und einem großen Fest. Nähere Infos finden sich auf der Internetseite:

www.pro-asyl.de ■

Ex-Verfassungsrichter kritisiert Kopftuchverbot

STUTTGART. Heribert Prantl, Redakteur der Süddeutschen Zeitung, hat den ehemaligen Verfassungsrichter (1983 bis 1996) Ernst-Wolfgang Böckenförde zum Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart befragt, das einer muslimischen Lehrerin das Kopftuchtragen im Unterricht trotz gegenteiligen Gesetzes erlaubt. Böckenförde, Anhänger der katholischen Religion, sieht im Gegensatz zu Frau Schavan, ebenfalls bekennende Katholikin, viele Gründe, auch in seiner Religion liegende, das Kopftuch im Schulunterricht zu tolerieren. Während Frau Schavan aus politischen Gründen den Islam bekämpft, sieht der Ex-Verfassungsrichter Risiken für die Rechtsordnung und die Religionsausübung generell. Er führt unter anderem aus:

„SZ: Gleichbehandlung heißt Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln. Warum muss eine zugewanderte Religion, der nur die Minderheit der Bevölkerung angehört, genauso behandelt werden wie die in Geschichte und Traditionen des Landes verwurzelten Religionen?

Böckenförde: Weil das Grundgesetz nicht zwischen privi legierten und weniger privilegierten Religionen unterscheidet. Auf der Grundlage der Religionsfreiheit als Menschenrecht gilt das Gebot strikter Gleichbehandlung aller Glaubensgemeinschaften.

SZ: Wird die Kopftuch-Causa in anderen Bundesländern besser geregelt?

Böckenförde: Nein. Baden-Württemberg ist vorangegangen, andere Länder haben das im Wesentlichen übernommen. Das ist ein Trend und der wird, fürchte ich, anhalten und zur Verdrängung der Offenheit für Religion in der Schule führen: Der Gesetzgeber kann das Nonnenhabit nicht erlauben, aber das muslimische Kopftuch generell untersagen. Die Ordenstracht ist ja nicht, wie Frau Schavan einmal gemeint hat, eine Berufskleidung, sondern Ausdruck dessen, dass man sein Leben Gott geweiht hat … Wenn schon das Nonnenhabit als Ausdruck einer so intensiven religiösen Einstellung und Gesinnung an der Schule allgemein zugelassen ist, dann kann etwas, dessen religiöser Bezug weniger intensiv ist, also das Kopftuch, nicht generell verboten werden. Es gilt die Erst-recht-Logik.

Gewiss muss die Religionsausübung sozialverträglich sein. Aber das darf nicht zum Anlass genommen werden, andere Religionen auszuschließen oder zu diskriminieren. Sie müssen sozusagen hineinintegriert werden in eine christlich geprägte Kultur. Natürlich kann ich erwarten, dass muslimische Mitbürger keinen Anstoß nehmen an den Wegekreuzen, die wir hier überall finden. Sie sind Ausdruck der Prägung unserer Kultur. Gott sei Dank ist ja auch die katholische Kirche, die sich lange schwer getan hat mit der Religionsfreiheit, jetzt zu ihrem konsequenten Verfechter geworden, und der verstorbene Papst Johannes Paul II. hat ja auch ausdrücklich ein Plädoyer für den offenen neutralen Staat gehalten. Und zwar eben als Ausdruck dessen, dass die Religionsfreiheit ein Menschenrecht ist und der Staat dafür sorgen müsse, dass jede Glaubensüberzeugung sich privat und öffentlich entfalten könne innerhalb der Ordnung des Zusammenlebens. (...)

Das Kopftuch einer muslimischen Lehrerin, die diese gemeinsame Ordnung anerkennt und sich entsprechend verhält, ist ein Stück Integration, nicht Desintegration. Die oftmals berufene auch politische Wahrnehmung oder Komponente des islamischen Kopftuchs steht dem nicht entgegen. Abgesehen davon, dass diese zum Teil erst medial herbeigeführt und hochgepuscht wird, widerlegt jede kopftuchtragende muslimische Lehrerin, die selbstständig und eigenverantwortlich ihren Beruf ausübt, durch sich selbst die Vorstellung von der im Islam unterdrückten Frau.“

aus Kommunale Berichte Stuttgart 16-06 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

50 Jahre KPD Verbot – die amputierte Demokratie

Die KPD war die erste Partei, die von den Nazis verboten und verfolgt wurde. Keine andere Partei hat für den Widerstand gegen die Nazi-Barbarei einen so hohen Blutzoll zahlen müssen. Nach 1945 waren die überlebenden KommunistInnen der Meinung, dass sie moralisch berechtigt waren, ein anderes Deutschland aufzubauen. Die Grundstimmung der Bevölkerung gab ihnen Recht. Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg: das war die Mehrheitsmeinung.

Auf dem Gebiet der BRD setzten sich die Kräfte durch, die lieber das halbe Deutschland ganz (kapitalistisch) als ganz Deutschland halb beherrschen wollten. Der kalte Krieg gab den alten Eliten die Fäden erneut in die Hand. Schon früh sagte der Justizminister Thomas Dehler über die KPD, man müsse „den organisierten Staatsfeind…. unschädlich machen“ (1950).

Gegen die von Adenauer organisierte Re-Militarisierung formten sich in der Bevölkerung Kräfte, die von der KPD gebündelt und organisiert wurden. Während Adenauer für seinen Kurs zunehmend auf die aus kurzer Haft entlassenen Nazi-Eliten setzte, konnte die KPD auf die Unterstützung der AntifaschistInnen und vor allem der Jugend zählen.

Die Repression der Bundesregierung richtete sich deshalb zunächst auf die Freie deutsche Jugend (FDJ) und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Am 19.9.1950 begann eine große Welle von Entlassungen gegen Kommunisten und alle, die dafür gehalten wurden. In kurzer Zeit kam es zu ca. 15.000 Berufsverboten. Gleichzeitig wurde den alten Nazis der Weg ins Beamtenverhältnis geebnet (Paragraf 131).

Im Boykottbeschluss der Bundesregierung gegen die KPD u.a. heißt es und das gilt wie alles andere bis heute: „Als verfassungsfeindlich sind die Organisationen anzusehen, die von der Bundesregierung öffentlich als solche bezeichnet werden.“

10 Jahre nach dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht am 17.8.1956 stellte der KPD Vorsitzende Max Reimann fest: „Der Verbotsantrag gegen die KPD wurde gestellt gleichzeitig mit der Unterschrift unter Verträge, die die Wiederaufstellung einer Wehrmacht ermöglichen sollten. Das Verbot der KPD wurde verhängt gleichzeitig mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht für diese Armee. Das Verbot der KPD diente und dient der Frieden gefährdenden Revanchepolitik, deren konsequentester Gegner für die BRD die KPD war und ist. Dem Verbot der KPD folgte die Aushöhlung der Demokratie durch die Notstandsgesetze…“



Protest gegen das KPD-Verbot 1956

Der Vertreter der Bundesregierung beim Verbotsverfahren gegen die KPD war Ritter von Lex, der als Vertreter der Bayrischen Volkspartei im Reichstag 1933 seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz gegeben hatte. Der musste ja wissen, was ein Verfassungsfeind ist.

In den Prozessen gegen die VVN wurde durch internationale Solidarität eine Niederschlagung erreicht. Der Antrag zum Verbot der VVN wurde durch den damaligen Innenminister Schröder (SA Mitglied) bekannt gegeben. Der Anwalt der Bundesregierung, Dr. Reuss war in der Nazi-Zeit Dozent der Berliner Verwaltungsakademie und Verfasser von Jubel-Hymnen auf Adolf Hitler. Der Senatspräsident Dr. Werner war schon vor 1933 SA-Mitglied und seit 1937 Mitglied der NSDAP. Als der angeklagte VVN-Präsident Dr. Rossaint (von Beruf Kaplan und wegen seiner antinazistischen Tätigkeit fast 10 Jahre in Haft) die Unterlagen über die Nazi-Vergangenheit der Richter und Ankläger vorlegte, folgte ein Sturm der Entrüstung, zumal die VVN gerade den „Vertriebenenminister“ Oberländer als Nazi-Verbrecher enttarnt hatte.

Trotz dieser Ungeheuerlichkeiten wurden 150.000 Menschen wegen der Organisationsverbote verfolgt (lt. Prof. Maihofer, FDP). Schon vor dem KPD-Verbot 1956 hatte es 35.000 Verfahren gegen FDJ-Mitglieder gegeben. In 425 Verfahren wurden dabei 1012 Jahre Gefängnis verhängt. Für die Betroffenen sind damit große individuelle Verluste verbunden, für die bis heute niemand entschädigt wurde. Im Gegenteil: die Verfolgung von KommunistInnen, ihr Ausschluss von Entschädigungen (§6 Wiedergutmachungsgesetz), ihre Bespitzelung und ihre Bedrohungen sind bis heute geblieben. Und betroffen sind bis heute immer auch die, die für Kommunisten gehalten werden oder die in einzelnen Punkten mit Forderungen der KP übereinstimmen.

Es ist deshalb 50 Jahre nach dem KPD Verbotsurteil nicht nebensächlich, sondern bedeutend für die Demokratie, dass die Kommunistenverfolgung dahin gerät, wo sie hingehört: Auf den Müllhaufen der Geschichte!

VVN-BdA KV Aachen

**50 Jahre KPD-Verbot –
die amputierte Demokratie
Donnerstag, 17. August 2006
19.00 Uhr, Aachen, Internationales Zentrum, Rudolfstr. 54/59**

Bedingt durch die Urlaubszeit entfallen diesmal die Rubriken „Ostritt“ und „Aus der faschistischen Presse“